

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 241.

Dienstag, den 14. Oktober 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Aktion für die Arbeitslosen.

Unter den positiven Ergebnissen des Jenaer Parteitages steht der Beschluß über die Arbeitslosenfrage voran; er bedeutet die Einleitung einer bestimmten Aktion, die die ganze Partei und alle ihre Vertreter beschäftigen wird. Das soll nicht besagen, wie es von einigen Seiten geschieht, daß dieser Beschluß nun deshalb an Wichtigkeit alle andern Verhandlungen des Parteitages überträgt, daß alles andere neben dieser „praktischen Arbeit“ nur zweckloses Gerede bedeute und daß es schade war, daß dieses Gerede die längste Zeit, jene praktische Arbeit aber nur einen Vormittag des Parteitages in Anspruch genommen hat. Eine solche primitive Auffassung verkennet das Wesen unserer Parteitage. Sie dienen in erster Linie dazu, die Gegensätze auszukämpfen und sich im Streit der Meinungen über die weiter zu befolgende Taktik klar zu werden; geschlossenes Handeln ist nur möglich, wenn zuvor die gegensätzlichen Anschauungen ausgiebig Gelegenheit hatten, sich aneinander zu messen. Nur gelegentlich wird es vorkommen, daß zu einer Aktion gegriffen werden kann, deren Notwendigkeit sich so klar aus den vorliegenden Verhältnissen ergibt, daß darüber die ganze Partei einig ist; dann ist keine lange Diskussion nötig, dann beschließt man einfach und geht an die Arbeit. Eine solche Lage war jetzt durch die hereingebrochene Krise geschaffen worden; die Frage der Arbeitslosigkeit war auf einmal für das ganze Proletariat die brennendste Lebensfrage geworden, die alle Gedanken beschäftigte, und so war es natürlich, daß sie die ganze Partei einmütig zu einer Aktion für die Arbeitslosen führte.

Aber diese Gegenüberstellung der Arbeitslosenfrage zu der übrigen Tätigkeit des Parteitages als nützliche praktische Arbeit zu unpraktischer theoretischer Diskussion ist nicht nur unrichtig, sondern auch gefährlich. Denn sie könnte dazu führen, daß übersehen wird, wie die Aktion für die Arbeitslosen allein zur praktischen Arbeit werden kann. Wenn gesagt wird, daß durch eine Diskussion über Massenstreik oder Steuerfrage keinem Arbeitslosen geholfen wird, so ist das in diesem direkten Sinne sicher richtig. Aber dann ist es genau so richtig, daß durch einige schöne Reden, Interpellationen und Anträge unserer Vertreter in den Parlamenten den Arbeitslosen auch keine Hilfe gebracht wird. Praktische Hilfe für die Arbeitslosen im unmittelbaren Sinne könnte ein Beschluß des Parteitages nur dann bedeuten, wenn unsere Partei Meister wäre über die Gesetzgebung und über die öffentlichen Kassen. Solange sie aber Minderheit ist, kann ihre praktische Arbeit nur bestehen im Reden und im Stellen von Anträgen; ob und inwieweit die bürgerliche Mehrheit diesen Reden Folge leisten und diese Anträge annehmen will, das hängt von vielen andern Faktoren ab. Auf diese andern Faktoren kommt es an; und die Frage, ob die beschlossene Aktion wirklich für die Arbeitslosen praktische Ergebnisse bringen wird, läuft darauf hinaus, ob und in welcher Weise die Arbeiterkraft auf den Willen der herrschenden Klasse in dem erwünschten Sinne einwirken kann.

Unter diesen Faktoren tritt als wichtigster und allgemeinsten die Macht der proletarischen Klasse hervor, die hinter der Stimme ihrer Wortführer steht. Was sie an positiven Erfolgen, an Sozialreformen oder Erleichterungen erringt, an feindlichen Gesetzen und Erschwerungen des Drucks abzuwehren weiß, das hängt in erster Linie davon ab, welcher Macht an Stimmengahl, an Geschlossenheit und Kampfbereitschaft die Bourgeoisie sich gegenüberstellt. Die ganze Geschichte der Politik, von den Sozialreformen in den ersten achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, nach dem ersten Versagen, und nach dem Falle des Sozialistengesetzes an bis zu der Deckungsvorlage 1913, nach dem Wahlerfolg von 1912, zeigt dies zur Genüge. Alles, was die innere Kraft, die Klarheit, die Geschlossenheit, und damit die Werbekraft der Partei steigert, baut an künftigen positiven Erfolgen mit und ist in dieser Hinsicht praktische Arbeit ersten Ranges. Daher ist nichts falscher, als die direkten Anträge und Reden in den Parlamenten als speziell „praktische“ Arbeit den zur inneren Klärung dienenden Diskussionen gegenüberstellen. Wer die tieferen Zusammenhänge beachtet, für den sind die Debatten über Massenstreik und Deckungsfrage ebenso praktische Arbeit wie der Beschluß über die Arbeitslosigkeit. Mehr noch: da nicht die Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiter, sondern nur ihre Macht darüber entscheidet, was sie bekommen, ist die Eroberung der Macht die an Wichtigkeit alles überragende Lebensfrage für sie. Und man müßte die Aktion für die Arbeitslosen, wenn sie sich auf eine Parlamentsaktion ohne viel direkte Resultate beschränken würde, sogar als weniger praktisch bezeich-

nen, wenn sie nicht umgekehrt geeignet wäre, selbst wieder fördernd und steigend auf die Macht des Proletariats einzuwirken.

Ein zweiter wichtiger Faktor, der stark mitwirken wird, die bürgerlichen Politiker und die Regierungen zu Hilfsmahnahmen zu bewegen, ist der Charakter dieser sozialen Not selbst. Wenn irgendwie, so ist es hier klar, daß das massenhafte Elend nicht aus irgendwelchem persönlichen Verschulden, sondern nur aus gesellschaftlichen Ursachen stammt; da können die Herren sich von der Pflicht der Gesellschaft, den Opfern dieser Gesellschaft beizuspringen, nicht mit der Ausrede der persönlichen Verantwortlichkeit jedes einzelnen drücken. Und wenn diese Vertreter des Kapitalismus sich durch die eindringlichen Argumente, die grauenhaften Beispiele, die Fülle von statistischem Material über den ungeheuren Umfang der Not, die unsere Genossen ihnen vorlegen, noch nicht bestimmen lassen, so wird die Furcht vor den Folgen ihrer Weigerung das Uebrige tun. Sie wissen, daß sie damit weite Kreise des Proletariats, die bisher noch den bürgerlichen Parteien Gefolgschaft leisteten, in die Arme der Sozialdemokratie treiben; und sie wissen auch, daß nichts so gefährlich für eine Regierung ist, wie die Verzweiflung und die Erbitterung großer Arbeitermassen, die durch die Not zum Außersten getrieben werden. Sie werden sich erinnern, daß Revolutionen immer im Gefolge großer Notstände auftraten. Und schließlich werden sie auch bedenken, daß es im Interesse des Kapitalismus und des Ausbeutertums selbst liegt, die Arbeitskraft des Proletariats nicht durch Armut und Krankheit verderben und verkümmern zu lassen. Wo alle diese Faktoren auf sie einwirken, ist es nicht ausgeschlossen, daß eine konzentrierte Aktion unserer Partei in allen Parlamenten, Landtagen und Kommunalvertretungen zu direkten Erfolgen in der Gestalt von ernsthaften Mahnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen führen wird.

Allerdings, allzu optimistisch darf man nicht sein. Die Aktion gegen die Fleischnot hat uns dazu ein Beispiel geliefert. Trotzdem hier die weitesten Volksschichten litten und viele Magistrate für Öffnung der Grenzen eintraten, geschah nichts Wesentliches; mit einer parlamentarischen Aktion und einigen Versammlungen war die Geschichte zu Ende; an der politischen Macht der direkt Interessierten, der Junker, prallte alles ab. Sollte es diesmal anders gehen, dann nur dadurch, daß die hier direkt Interessierten, die noleidenden und darbenenden Proletarier, ihre Sache nicht ausschließlich der Wirkung der äußeren Faktoren und der Beredsamkeit ihrer Vertreter überlassen, sondern selbst als wirkender Faktor auf den Plan treten.

Wie wichtig dieses Auftreten der Arbeitslosen selbst ist, zeigt sich am besten darin, daß die großkapitalistische Presse es fürchtet und dagegen scharf macht. Die „Kölnische Zeitung“ hat schon vor Arbeitslosendemonstrationen gewarnt, unter dem Vorwand, daß die „arbeitslosen Elemente“ der Großstadt sie zu verbrecherischen Zwecken ausnützen werden, und mit dem Polizeisäbel gedroht. Aber die herrschende Klasse wird selbst empfinden, wie völlig unmöglich es ist, die Arbeitslosen daran zu hindern, öffentlich den Reichen und Regierenden ihre Not zu zeigen und ins Gesicht zu schreiben. Es ist auch klar, daß verzweifelte Massen, die nichts zu verlieren haben und denen das Leben eine so unerträgliche Qual geworden ist, daß man tagtäglich in den Zeitungen von Selbstmorden liest, sich nicht allzu sehr vor den Gefahren des Polizeisäbels fürchten. Sogar die Partei würde ein Auftreten der Arbeitslosen selbst nicht verhindern können. Da sie aber weiß, wie in diesem Auftreten eine starke Kraft liegt, die herrschende Klasse zu Abhilfemaßnahmen zu bestimmen, kann sie nicht daran denken, solches Auftreten verhindern zu wollen. Umgekehrt wird sie die Kraft, die darin liegt, in der richtigen und zweckmäßigsten Weise anwenden müssen. Zielklar geleitete Aktionen der Arbeitslosen selbst, wenn nötig unterstützt durch die gesamte Arbeiterschaft, werden am kräftigsten mithelfen, praktische Erfolge für die Noleidenden zu erringen.

Politische Rundschau

Deutschland.

„Dauernd eingehende Erwägungen“ über die preussische Wahlreform.

Gegenüber den Vermutungen, die einige Zeitungen an die Aufnahme einer Statistik über die letzten preussischen Landtagswahlen knüpften, daß diese Wahlstatistik Vorarbeit für eine preussische Wahlrechtsreform sei, wird im Bethmann-Hollweg-Stil offiziös erklärt:

„Die Vorlegung eines preussischen Wahlrechtsentwurfs in der nächsten Landtagsession dürfte jeden-

falls nicht zu erwarten sein. Die Aufstellung einer Wahlstatistik aus den letzten Landtagswahlen, die angeblich zur Vorbereitung für einen neuen Wahlrechtsentwurf dienen sollte, hat mit einem solchen nichts zu tun. Es handelt sich hierbei gar nicht um einen besonderen Vorgang, der mit der Reform des preussischen Wahlrechts in Verbindung zu bringen ist, denn derartige Aufstellungen finden jedesmal statt, wenn die Wahlen vorüber sind. Die Art der Materialbearbeitung weicht im übrigen auch in keiner Weise von der sonst üblichen ab, und die statistischen Arbeiten werden im ganzen etwa ein Jahr dauern. Es wäre aber irrig, hieraus zu schließen, daß die Arbeiten an der Wahlreform etwa ruhten. Es finden dauernd eingehende Erwägungen über die Materie statt, die nach allen Richtungen hin einer Prüfung unterzogen wird, so daß keiner der Vorschläge, die in Betracht kommen können, außer acht bleibt. Zurzeit läßt sich jedenfalls noch nicht bestimmen, ob und wann eine Wahlrechtsvorlage an den Landtag gelangen kann. Aus den Erklärungen des Staatsministers v. Dallwitz, die dieser zuletzt abgegeben hat, ist auch kaum zu entnehmen, daß eine derartige Vorlage in naher Zeit dem Landtage zugehen kann. Der Minister betonte, daß der im Jahre 1910 eingebrachte Wahlrechtsentwurf vollkommen den Intentionen der Thronrede von 1908 und den zu ihrer Erläuterung von dem Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärungen entsprochen hat. Nachdem der in Ausführung der Thronrede von 1908 von der Staatsregierung eingebrachte Wahlrechtsentwurf an dem Widerstreit der Meinungen im Abgeordnetenhaus gescheitert ist, nimmt die Staatsregierung das Recht für sich in Anspruch, nach pflichtmäßiger eigener Ermessen darüber zu empfinden, wann ihr der Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Wahlrechtsverhandlungen gekommen zu sein scheint. Zurzeit scheint dieser Zeitpunkt noch nicht als vorliegend erachtet zu sein. Die Angelegenheit wird aber selbstverständlich dauernd im Auge behalten und nach Möglichkeit weiter gefördert werden.“

Die preussische Regierung muß viel Zutrauen zu der Geduld der Entrechteten haben, wenn sie den Mut zu einer solchen Verhöhnung der preussischen Staatsbürger findet. Vielleicht wird ihr von unten her bald Klage gemacht, daß es Zeit wird, die „dauernd eingehenden Erwägungen“ zu beenden und die Wahlrechtsfrage ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die Agrarier haben so oft das „pflichtmäßige eigene Ermessen“ Bethmann-Hollwegs in ihrem Interesse zu lenken verstanden; da wird ein kräftiger Vorstoß zugunsten der Volksrechte auch nicht ohne Einfluß auf ihn und die preussische Regierung bleiben!

Der Pferdehandel in Ostpreußen.

Die konservative „Ostpreussische Warte“, die in Insterburg erscheint, erbringt neues Material über die Zustände beim Pferdehandel in Ostpreußen. So schreibt das Blatt:

„In Neukirch (Kreis Niederung) wurden durch die ostpreussische Ankaufskommission von ca. 200 Pferden nur 20 angekauft, eine große Anzahl guter Pferde aber mit dem Anheimgehen zurückgewiesen, dieselben doch an die bekannte Pferdewerksfirma Sandelowski und Radmann zu veräußern. Dieselbe kaufte in Neukirch, wie auch auf zahlreichen anderen Märkten, eine Anzahl dieser Pferde an, um sie später der Kommission vorzustellen und zu wesentlich höheren Preisen an dieselbe zu verwerthen. Zwei Besitzer aus Lokiden hatten je ein Pferd und ein Besitzer aus Krepwehlen hatte zwei Pferde in Neukirch erfolglos vorgestellt und auf den Rat der Kommission an die genannte Firma verkauft. Dieselbe bezahlte zwei dieser Pferde mit je 900 und zwei mit je 950 Mark und verkaufte sie an die Kommission bereits vier Tage später in Tilsit weiter. Auf die Höhe des Händlergewinns läßt der Umsatz schließen, daß drei dieser Pferde für die Maschinenengewehrteilung angekauft wurden, also mit 1470 Mark bezahlt worden sein dürften.“

Es wird weiter ausgeführt, daß damit der Pferdehandelsfirma eine Monopolstellung eingeräumt werde, und daß sie Riesengewinne einheimle. Die Praktiken der Kommission bedeuten eine ungerechte schwere Schädigung der Pferdezüchter.

In der „Ostpreussischen Zeitung“, dem Hauptorgan der preussischen Junker, wird der Handel nach Möglichkeit zu verteidigen versucht. Dem Blatt geht von „fachkundiger landwirtschaftlicher Seite“ eine Zuschrift zu, in der es heißt:

Am meisten Aufsehen und Bestreben hat die Nachricht erregt, daß der Präses der Ankaufskommission einzelnen Landwirten, deren Pferde er nicht nahm, geraten hat, diese der Händlerfirma Sandelowski und Rachmann zu verkaufen. Es ist dieses nach unserer Information zutreffend.

Damit wird bestätigt, daß die Händler nicht nur die Pferde für die Maschinengewehrabteilung, sondern auch im großen Umfange für die Artillerie und Kavallerie liefern. Die Zuschrist macht im übrigen ganz den Eindruck einer offiziellen Verteidigung des sonderbaren Pferdehandels. Die geschädigten Landwirte werden die Antwort sicher nicht schuldig bleiben.

Wozu die katholischen Vereine mißbraucht werden.

Der Vorstand des Verbandes katholischer Vereine in Dortmund trat zu einer Sitzung zusammen. Die „Tremonia“, das bekannte Dortmunder Zentrumsblatt, macht darüber an hervorragender Stelle Mitteilung. Der Vorsitzende des Vorstandes katholischer Vereine ist der Verleger und Besitzer der „Tremonia“, Herr Lambert Lenjing. Also der Vorstand des Verbandes hat bemerkt, daß noch viele Dortmund'sche Geschäftsfirmen Herrn Lenjing ihren Tribut nicht entrichten, d. h. der „Tremonia“ Inzerate verweigern. Das ist unerträglich, und deshalb werden die Katholiken auf diesen Mißstand hingewiesen. Nur in den Geschäften darf gekauft werden, die der „Tremonia“, also Herrn Lenjing Inzerate zukommen lassen. Um dieser sonderbaren Kundgebung den nötigen Nachdruck zu geben, wird versichert, daß die katholischen Vereine Dortmunds 7000 Mitglieder umfassen. Das war Donnerstag. Am Freitag geschah aber etwas, das einen grellen Lichtstrahl in diese Affäre zentriert. Die katholische Firma Ludwig Clemens, eines der größten und solidesten Geschäftshäuser am Plage, wandte sich an die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ um Aufnahme einer Erklärung. Und diese Erklärung besagt, daß der katholische Feldzug zur Eroberung von Inzeraten sich hauptsächlich gegen die katholische Firma Clemens richtet, die seit drei Monaten dem Herrn Lenjing kein Tribut mehr zahlt, in seiner „Tremonia“ nicht mehr inserieren will. Herr Clemens hat auch gute Gründe; er fühlt sich ganz ungeheuer über Ohr gehauen, indem ihm die „Tremonia“ schon seit Jahren alljährlich 3000 Mark zuviel abgeklopft hat und sich auch weigert, das zuviel gezahlte Geld herauszugeben oder sonstige Konzessionen zu machen. Herr Clemens war ein guter Inzerent, er gab jährlich Herrn Lenjing 10 000 Mark zu verdienen. Nun ist er aber dahinter gekommen, daß die „Tremonia“ seine Konkurrenzfirmen begünstigt hat, er machte seine Inzerate erheblich höher bezahlen als jene. Unter diesen Umständen hat Herr Clemens das Inserieren in der „Tremonia“ eingestellt. Der Beschluß des Vorstandes des Verbandes der katholischen Vereine bedeutet den Boykott der katholischen Firma, die gefügig gemacht werden soll, wieder in der „Tremonia“ zu inserieren, dem Verleger den Tribut zu zahlen. Um sich weiter übers Ohr hauen zu lassen, jedenfalls „Gott zur Ehre“ — heißt es in der Erklärung. Diese Affäre ist kennzeichnend für das skrupellose, geradezu freibeuterische Gebaren der gesellschaftlich christlichen Zentrumspresse. Sie zeigt aber auch, wozu die katholische Arbeiterzeitung sich mißbrauchen läßt. Die Affäre ist für die Zentrumspresse auch insofern bedeutungsvoll, als der genannte Lambert Lenjing Vorsitzender des Augustinusvereins (katholischer Presseverein) ist. Über der Augustinus-Verein läßt so etwas passieren, hat Lenjing doch Vorsitzender des Vereins werden können, obwohl er es fertig brachte, gegen den Redakteur eines konkurrierenden Zentrumsblattes das Zeugniszwangsverfahren zu fordern. Was wäre im schwarzen Lager nicht alles möglich.

Ein „alter Wunsch“ der Konservativen.

Die „Konservative Korrespondenz“ kommt auf die Denkschrift zu sprechen, die dem Reichstag über die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente zugehen wird und bemerkt im Anschluß daran:

„Die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre ist bekanntlich ein alter Wunsch der Konservativen, dem im Reichstag schon im Jahre 1889 der Abg. v. Hellendorff und später die Abgg. Dietrich und Walfemig durch Anträge und Anregungen Ausdruck gegeben haben.“

Bei der Beratung der Reichsversicherungsgesetzgebung hatten die Konservativen Gelegenheit, die Erfüllung ihres alten Wunsches durchsetzen zu können, statt dessen haben sie gegen die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre gestimmt. Diese erbärmliche Heuchelei sucht die „Konservative Korrespondenz“ jetzt mit dem Hinweis darauf zu bemänteln, daß die Regierung bei Herabsetzung der Altersgrenze die Reichsversicherungsgesetzgebung hätte scheitern lassen. Das ist natürlich nicht wahr, denn ein Gesetzeswerk von dem Umfang der Reichsversicherungsgesetzgebung läßt eine Regierung nicht an einer Mehrausgabe von 9 bis 12 Millionen Mark scheitern. Die Drohung der Regierung war den Konservativen nur ein mißlungener Anlaß, gegen die Herabsetzung der Altersgrenze kämpfen zu können. Und deshalb ist es abermals vollendete Heuchelei, wenn die „Konservative Korrespondenz“, einseitig und schmerzhaft bewegt, es behauptet, daß man diesen alten konservativen Wunsch auf bessere Zeiten habe verlegen müssen.

Wenn es sich um Liebesgaben für die Agrarier handelte, dann wären die Konservativen nie so bescheiden wie hier, wo es sich um das Wohl der Veteranen der Arbeit handelte. Dieses Uebermaß von Heuchelei verdient jedermann zu werden, gegenüber den Verfassern, jetzt, wo die Herabsetzung der Altersgrenze vermutlich bald zu erreichen sein wird, das Verdienst daran den Konservativen zu schreiben zu wollen.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat das Gesuch der Stadt Frankfurt a. M., die Einfuhr von lebendem Rindvieh aus Holland zu gestatten, abgelehnt. Veterinärpolizeiliche Gründe sind für die Ablehnung angegeben. Die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Rußland ist bis zum 31. Dezember d. J. gestattet.

Zur Vernichtung der Steuermogler.

Bürgerliche Blätter glauben wiederholt versichern zu müssen, daß die Banken nicht verpflichtet sind, Auskunft über die Höhe der bei ihnen vorhandenen Einlagen zu geben. Es wird nämlich behauptet, daß reiche Leute im andern Falle einen Teil ihres Vermögens im Auslande anlegen würden, um der Besteuerung durch den Wehrbeitrag zu entgehen. Wenn die bürgerliche Presse es wirklich für notwendig erachtet, eine solche Versicherung zu geben, dann geht daraus hervor, daß die sonst sehr patriotisch gesinnten Besitzenden die Absicht haben, das Reich um einen Teil des Wehrbeitrags zu bemogeln. Ihre Furcht, daß die Höhe ihres Vermögens bekannt wird, hätte sonst in der Tat gar keinen Sinn. Die bürgerliche Presse versichert weiter, daß die Auskunftspflicht der Banken nicht durch die Ausführungsbestimmungen festgelegt werden kann, die der Bundesrat zu erlassen hat. Die patriotischen Kreise, die bisher schon den Staat nach Kräften um die Steuern bemogelt haben, werden also dieses Verfahren auch beim Wehrbeitrag in Anwendung bringen können.

Die Ausführungsbestimmungen zum Wehrbeitragsgesetz werden Ende dieses Monats vom Bundesrat veröffentlicht werden und die erste Rate des Wehrbeitrags wird im April oder Mai nächsten Jahres zur Einziehung gelangen. Die Zwischenzeit ist nötig, um die Einschätzung vornehmen zu können.

Deutscher Hochschullehrer-Tag.

In Strassburg im Elsaß begann am Montag der 5. Deutsche Hochschullehrer-Tag. Man forderte nach einem Referat des Professors v. Amira-München eine Vereinheitlichung der Doktor-Prüfungen an den Universitäten Deutschlands, Deutsch-Osterreichs und der deutschen Schweiz (es gehören nämlich zum Deutschen Hochschullehrerverein etwa 700 deutsche Hochschullehrer dieser drei Länder). Die zweite Hauptfrage war die der Ausschaltung des ökonomischen Interesses der Professoren an der Zahl der Promotionen, da man hierdurch eine Verminderung der Promotionen und damit des Zustroms zu den akademischen Berufen erwartet. Man sprach sich zwar im Prinzip für die Ausschaltung des ökonomischen Interesses der Professoren an der Zahl der Doktorpromotionen aus, lehnte jedoch allseitig eine Verstaatlichung der Promotionsgebühren ab, da diese die Selbstständigkeit der Universitäten dem Staate ausliefern würde. Zahlreiche Redner, besonders unser Genosse, Universitätsdozent Dr. Lubo Hartmann-Wien, wandte sich scharf gegen eine Erhöhung der Promotionsgebühren, die den Dokortitel noch mehr als schon jetzt zu einem Privileg der Besitzenden machen würde, obgleich gerade unter den armen Studenten oft die fähigsten Leute seien, die sowieso schon manchmal auf die Promotion verzichten müßten, weil sie die Gebühren nicht aufbringen können.

Die Jungliberalen

waren Sonnabend und Sonntag in Leipzig versammelt. Man debattierte zunächst über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Der Referent Pfarrer Förster-Frankfurt a. M. und Redakteur Jung-Köln betonten nachdrücklich, daß es eine nationale Forderung sei, mehr Religion ins Volk zu bringen. Sie beschränkten sich darauf, die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionszwang und die Beseitigung konfessioneller Bevorzugung zu verlangen. Verschiedene Redner, besonders Regierungsrat a. D. Bönsgen-Berlin sprachen radikal und traten insbesondere für die Simultanischeule ein. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der die Anerkennung der Notwendigkeit staatlich anerkannter Kirchen mit einigen Reformforderungen in Bezug auf die Dissidentenkinder und die konfessionellen Bevorzugungen verbindet. Gegen eine Milde rung des Jesultengeetzes wurde protestiert. Den politischen Jahresbericht erstattete Dr. Kaufmann-Stuttgart. Daß er Bebel einige sympathische Worte widmete, wurde ihm in der Debatte schwer angekreidet. Dr. Kaufmann erklärte im Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zur Erreichung gewisser, eigentlich liberaler Gegenwartsforderungen bei aller prinzipiellen Gegnerschaft für denkbar. In der langen Debatte forderte man u. a., daß der Schwiegerjohn des Kaisers erst nach einem klaren Verzicht auf die welfischen Ansprüche auf das Braunschweiger Thronchen gesetzt werde. Ein Redner begrüßte es, daß die Wiesbadener Besprechung der national-liberalen Reichstagsfraktion eine Revision der Gegnerschaft gegen das Streikpostenverbot ankündigte, damit werde man manchen Industriellen zurückgewinnen. Die Sozialpolitik sei überhaupt überhastet. Rechtsanwält Marwig-Berlin aber erklärte, daß man die Fraktion scharf angreifen könnte, weil sie wenige Monate nach der Ablehnung des Streikpostenverbots eine Studienkommission für diese Frage einsetze! — Der Rest war lauter Imperialismus. Wozu habe man der Regierung operemütig die kolossale Heeresvermehrung bewilligt, wenn nun Deutschland nicht energisch überall da dabei sein sollte, wo in der Welt Land verteilt wird! Auf diesem Boden fanden sich schließlich alle Richtungen zusammen und es paßt dazu, daß ein Labelsantrag gegen die Ausschließung des Volkes von der Rehlheimer Jahrhundertfeier zurückgezogen werden mußte und daß man nur den Antragsteller seinen Arger aussprechen ließ, der sich insbesondere auch dagegen richtete, daß man die „Münchener Post“ gebeten hat, die verlorene Regentenrede doch ja nicht zu veröffentlichen. Schließlich nahm man einen Antrag an, der verlangt, daß man auf den guten Diplomatenposten bald auch nichtadelige Kapitalistenpräbendlinge setze, da die adeligen absolut nichts taugen.

Die badische Zentrumspartei

ist jetzt auch mit ihrem Aufruf zur Landtagswahl herausgelommen. Der Aufruf wendet sich im allgemeinen gegen den sogenannten Großblock und verurteilt als Lösung der Zentrumswähler: Kampf, freigelegter Kampf

gegen die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten. Mehr als die Hälfte der gegenwärtigen Mandate könnten der Sozialdemokratie entziffen werden, selbst wenn die fortschrittliche Volkspartei an ihrer Seite bliebe. Das Zentrum sei entschlossen, die Großblockmehrheit zu brechen, dafür seine ganze Kraft in weitestem Umfange mit anderen Parteien gemeinsam vorzugehen. — Nicht ohne Interesse ist weiterhin, daß das Zentrum, das seinerzeit im Landtage einem Antrag auf Einführung des Proportionalwahlsystems zugestimmt hat, den Rückzug in dieser Frage antritt. Der Aufruf sagt darüber: „... zwischen Verhältniswahl und Verhältniswahl kann ein sehr großer Unterschied sein. Unseren Beifall kann nur ein Wahlverfahren finden, das den Gesetzen der Gerechtigkeit und den Interessen der Allgemeinheit, wie der einzelnen Landesteile entspricht, niemals aber ein solches, das parteigegensätzliche Zielen dienen soll, wie es in erstaunlicher Offenheit von führender national-liberaler Seite erklärt worden ist.“

Das heißt also, das Zentrum wird nur einem Proportionalwahlsystem zustimmen, das im eigentlichen Sinne des Wortes feins ist, das dem Zentrum und der dem Zentrum anhängenden Landbevölkerung besondere Vorteile gewährt. Diese doppelzüngige Politik hat das Zentrum von je befolgt: dort, wo es in der Minderheit ist, verlangt es die weitgehendsten Volksrechte, ist eifriger Anhänger des Proportionalwahlsystems, und wo es die Mehrheit hat, ist es bereit, zur Sicherung seiner Macht selbst mecklenburgische Verfassungszustände einzuführen.

Die Steuervollzugsdebatte im bayerischen Landtage

kam am Sonnabend, dem fünften Verhandlungstage, zu Ende. Das Ergebnis war, wie von sozialdemokratischen und liberalen Rednern festgestellt wurde, eine schwere Niederlage des Zentrums. Die Mehrheitspartei hatte zur Herabsetzung ihrer über die Steuern aufgeregten Wähler die Komödie dieser Interpellation aufgeführt und gegen den Vollzug der Steuergesetze gebontert. Sie mußte aber schließlich selbst in ihren eigenen Reihen das Zugeständnis hören, daß in Wahrheit die vom Zentrum gemachten Steuergesetze selbst die Schuld trügen. Die Komödie mißlang auch insofern, als die Zentrumsredner im weiteren Verlaufe der Debatte nicht mehr wagten, sich über die Bevorzugung des Großgrundbesitzes vor den Bauern demagogisch zu entrichten. In die Niederlage hineingerissen wurde vor allem auch der Zentrumsminister der Finanzen, der die Angriffe des Zentrums gegen die Steueranlagung mit keinem Worte zurückzuweisen wagte und auf die wiederholten Anfragen, was er denn mit den gewaltigen politischen Einflüssen gemeint habe, die sich dem ruhigen Gang der Steueranlagung entgegenstellten, jeder klaren Antwort auswich. Auch heute getraute er sich nicht zu sagen, daß er die Zentrumsagitation im Lande habe treffen wollen. Diese Unterwürfigkeit des Ministers wurde ihm heute zum Schluß noch einmal von Sozialdemokraten und Liberalen rücksichtslos vorgehalten. Auch das Zentrumspräsidium beteiligte sich an der allgemeinen Blamage. Hatte der Vizepräsident Frank am Freitag es für nicht erlaubt erklärt, daß man von der Zweipartigkeit des Zentrums sprach, so erteilte er heute einen Ordnungsruf, weil Genosse v. Haller von der unsozialen Zentrumspolitik gesprochen hatte.

Die nächste Sitzung des bayerischen Landtages findet erst am Dienstag statt. Man wird den Etat der Brücken- und Wasserbauten der Arbeitslosen-Interpellation vorausnehmen, um so rasch wie möglich den Beginn der Staatsbauten im Interesse der Steuerung der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen.

Kein Großblock in Württemberg.

In einer Konferenz der national-liberalen Partei Württembergs, die am Sonntag in Göppingen stattfand, erklärte der Vorsitzende der national-liberalen württembergischen Landespartei, Reichstagsabg. List, „der Großblock sei und bleibe für die national-liberale Partei Württembergs ein unmögliches politisches Gebilde. Die Unterstützung der Sozialdemokratie, die der national-liberalen Partei in Kostweil bei der Landtagswahl zum Siege verholfen habe, sei rein freiwillig gewesen und habe die national-liberale Partei in keinerlei Abhängigkeit zur Sozialdemokratie gebracht.“

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 14. Oktober.

Auf die außerordentliche Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Vereins, die sich morgen abend im Gewerkschaftshaus mit den bevorstehenden Bürger-schaftswahlen und der Aufstellung der Kandidaten zu beschäftigen hat, sei hierdurch nochmals hingewiesen.

Die Schaffung eines neuen Einkommensteuergesetzes beschäftigte gestern die Lübecker Bürgerschaft, nachdem man im Bürgerauschuß und in verschiedenen Kommissionen an die sechs Jahre über das Problem gebrütet und geredet hatte. Was nunmehr dem Vierklassenparlament zur Beschlußfassung vorgelegt wurde, spiegelt den unsozialen Geist unserer maßgebenden Kreise lebendig wieder. Von Rücksicht auf die Minderbemittelten, die nur ein geringes Einkommen zur Verfügung haben, ist so gut wie nichts in dem Gesetzentwurf zu spüren; dafür wird das Hauptgewicht darauf gelegt, daß nur die Rentner nicht durch Steuerbelastungen in ihren heiligsten Geldbeutelempfindungen gekränkt werden.

Die gestrigen Verhandlungen der Bürgerschaft über dieses eminent wichtige Gesetz bewegten sich durchweg auf einem außerordentlich niedrigen Niveau. Die Erstklassigen, im Bewußtsein ihrer numerischen Überlegenheit, beschränkten sich durchweg auf kurze Bemerkungen, die meistens nur geringer Aufmerksamkeit begegneten; dann stimmten sie alles nieder, was dem neuen Steuergesetz etwa einen fortschrittlicheren Charakter verleihen könnte.

Einen großen Höhepunkt hatte die Debatte in der vor-trefflichen Rede unseres Genossen Dr. Schlomer, die sich zu einer wirksamen Kritik der arbeitereindlichen Politik unserer Krämer- und Rentnerrepublik ausgestaltete. Man

schließen die Arbeiter und ihre Vertreter von der Mitarbeit in den Behörden aus, man verdammt sie durch ein schmähtliches Bürgerrechtswahlrecht zur Einflußlosigkeit, aber man will sie mit dem gleichen Steuermaß messen wie die Bevorrechtigten. Mit Recht bezeichnete es Genosse Schömer als Heuchelei, wenn die Erbklassigen vorgeben, nicht für die von den Sozialdemokraten beantragte Erhöhung der Einkommensteuergrenze auf 1000 Mk. stimmen zu können, weil dadurch eine ganze Anzahl Bürger ihres Wahlrechts beraubt würden. Als ob es die Bürgerschaft nicht in der Hand hätte — wenn sie es ernstlich will — das Wahlrecht vernünftiger zu gestalten.

Die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Grenze, von der ab Einkommensteuer erhoben wird, auf Verbesserung des Kinderprivilegs, gerechtere Staffelung der Steuerfüße fanden keine Annahme. Nicht einmal zu dem einfachen Gerechtigkeitsgefühl konnte die Bürgerschafts majority sich ausschwingen, auch die Beiträge zu den Berufsorganisationen, die sachungsgemäß Arbeitslosen- und Krankenunterstützung oder Sterbegeld gewähren, vom steuerpflichtigen Einkommen als abzugsfähig zu erklären, nachdem man vorher für die Beiträge zu den Innungen resp. Ständevertretungen der Unternehmer dies beschlossen hatte. Man mißt eben die Arbeiter in Lübeck in jeder Beziehung mit andern Maß als die Unternehmer!

Recht interessant gestaltete sich die Erörterung der von Herrn Dr. Hartwig eingehend begründeten stärkeren Besteuerung der Kleinstehenden, die von der Kommission vorgeschlagen wurde. Nach unserer Meinung liegt in dem Gedanken, der diesem Problem zugrunde liegt, sicherlich ein berechtigter Kern. Von den Gegnern wurde das Schreckgespenst der Auswanderung der Rentner in den größten Farben an die Wand gemalt, die sofort erfolgen würde, wenn man die wohlhabenden Kleinstehenden schärfer zur Einkommensteuer heranziehen sollte. Mit Recht bezeichnete Dr. Hartwig die Gesinnung solcher Leute, die sofort fliehen, wenn es einmal an ihren Geldbeutel geht, als schäbig. So sind aber nun einmal unsere Staatsverhältnisse! Und die jammern dann noch obendrein über den zunehmenden Materialismus der werktätigen Bevölkerung. In der sozialdemokratischen Fraktion besteht bezüglich der Ledigensteuer keine Einmütigkeit. Während die Minorität der Ansicht ist, daß man einen Steuerzuschlag, der sich wie dieser auf die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler gründet, zustimmen könnte, hält die Mehrheit die Ledigensteuer als eine Sondersteuer, die auch um deswillen zu verwerfen ist, weil ein großer Teil der Ledigen nicht leistungsfähiger wäre, als Verheiratete. Bemerkenswert sei, daß der Zuschlag für Alleinstehende von Steuerzahlern mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mk. erhoben werden sollte. Die Bürgerschaft lehnte schließlich mit großer Mehrheit den auch vom Senat bekämpften Kommissionsantrag ab.

Kleine Verbesserungen erreichen unsere Genossen insofern als in Zukunft die Steuerbehörde das Recht auf Stundung erhielt, ohne daß der um Stundung Nachsuchende nachher dafür einen Zuschlag zahlen muß, und weiter, daß Steuerzahler, die ein Einkommen bis zu 2000 Mk. haben, das Arbeitseinkommen ihrer Ehefrau nicht mit zu versteuern brauchen, wenn dieses 400 Mk. nicht übersteigt. Das wird besonders Arbeitern zugute kommen, deren Frauen durch Reinmachen usw. mitzuverdienen gezwungen sind. Gegen 11 Uhr wurde die Weiterberatung vertagt und zwar soll sie in 14 Tagen fortgesetzt werden.

Zu Beginn der Sitzung war noch vom ständigen Senatskommissar mitgeteilt worden, daß der Senat den Beschlüssen der Bürgerschaft zum Hundesteuergesetz nicht beigetreten ist. Das bedeutet, daß zwar im nächsten Jahre die Hundesteuer noch auf 15 Mk. bestehen bleibt, daß aber dann die Bürgerschaft abermals wieder eine tiefgründige Erörterung des Nutzens und der Schäden Karos und Minfas vornehmen muß.

Einen Lichtbildapparat für die Arbeiter-Jugend stifteten die Arbeiter des Drägerwerkes. Der Apparat — der 500 Mark Wert hat — steht auch Gewerkschaften und Vereinen gegen Erstattung der Unkosten zur Verfügung.

Die Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig besonders in den Großstädten verheerend wirkt, macht sich auch in Lübeck schon in bedauerlicher Weise bemerkbar. Namentlich das Baugewerbe liegt zum großen Teil still. Das Gespenst des Hungers droht zahlreichen braven Familien, deren Ernährer keine Gelegenheit finden, für ihre Angehörigen sorgen zu können. Um wenigstens nach Möglichkeit die Arbeitslosigkeit und ihre schlimmen Begleiterscheinungen zu lindern, hat die sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerschaft folgende Anträge eingebracht:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, baldmöglichst umfassende Maßnahmen gegen die gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit, die im Winter noch einen weit größeren Umfang anzunehmen droht, zu ergreifen.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst eine Gesetzesvorlage auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung entgegenzubringen.

Graf-Kursus. In seinem dritten Vortrag gab Genosse Graf einen Überblick über die Geschichte der Geologie und ihre wichtigsten Erkenntnisse. So lange der Ackerbau die hauptsächlichste Produktionsweise war, bestand kein Interesse, die Erdkruste und die sie zusammensetzenden Gesteine zu erforschen, da nur der pflügbare Boden für den Bauern in Betracht kam. Erst der durch die Türkeninvasion eingetretene Mangel an Edelmetallen, die Entwicklung der Eisenbahn im Mittelalter, der Gebrauch der Feuerwaffen führte zum Erzbergbau in größerem Maßstab in Mitteleuropa, begründete die Mineralogie und die Chemie (die „Goldmacher“). Die Verlegung des Kulturhauptes in nördliche, kältere Gebiete, der vermehrte Gebrauch des Holzes zum Ausschmelzen der Erze, zum Schiffbau usw. hatte einen empfindlichen Holzmangel zur Folge; auf der Suche nach Ersatzmitteln traf man auf z. B. in Glandern und Wales ausstreichende Steinschichten. Besonders der Kohlenbergbau legte eine

genauere Kenntnis des Schichtenbaus, der aufeinanderfolgenden, also nacheinander entstandenen Schichten, der Erdkruste voraus und ließ allmählich geologische Theorien sich entwickeln. Von besonderem Interesse waren dabei die Versteinerungen (Fossilien). Doch ward ihre Eigenschaft als Reste von Tieren und Pflanzen zunächst noch nicht erkannt; dem stand die biblische Anschauung entgegen. Man sah in ihnen z. B. Spielzeuge der Engel, Reste ausgestorbener Riesen, Modelle des Schöpfers, Beweise für die Sintflut usw. Erst vom 18. Jahrhundert ab steht der Fossilcharakter für die geologische Wissenschaft fest. Die verschiedenen Fossilien enthaltenden Schichten wurden um 1800 durch Cuvier und Buffon durch die Katastrophentheorie erklärt. Erst Lyell und von Hoff führten in der ersten Hälfte des 19. Jahrh. den Entwicklungsgedanken auch in die Geologie ein, die seitdem infolge der wirtschaftlichen Bedürfnisse ungeahnte Fortschritte gemacht hat. — Die Kursusteilnehmer machen wir darauf aufmerksam, daß heute Abend jedem ein Verzeichnis der für den Graf-Kursus in Betracht kommenden Literatur ausgehändigt wird. Sämtliche Bücher werden zum Vorzugspreise durch die Buchhandlung von Fr. Meyer u. Co. bezogen.

Schluss der Badezeit. Die öffentlichen Bäder an den Plätzen „Falkenwiese“ in der Vorstadt St. Jürgen, „Markt“ in der Vorstadt St. Gertrud und „Finkenberg“ in der Vorstadt St. Lorenz werden für dieses Jahr am Mittwoch, dem 15. Oktober, abends geschlossen.

Der Verein für Aquarien- und Terrarienkunde hielt am letzten Freitag seine Jahresversammlung ab. Während überall in Deutschland die Liebhaberei der Aquarien- und Terrarienkunde seit Jahrzehnten eifrig durch Vereine gepflegt und verbreitet wurde, blühte sie in Lübeck im Verborgenen. Erst im Juni 1912 gelang es, eine Anzahl Liebhaber für die Bildung eines Vereins zu interessieren. Das erste Vereinsjahr begann mit 11 Mitgliedern, heute zählt der Verein 32 Mitglieder. Im Mittelpunkt der Vereinsarbeit stand die vom 13. bis 16. Juni veranstaltete Ausstellung, die sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Nicht weniger als 3700 Schüler und Schülerinnen wurden gezählt. An dieser Ausstellung beteiligten sich das Lehrerseminar, die Realschule zum Dom und die St. Lorenz-Knaben-Mittelschule. — Die erste, schwerste Zeit hat der junge Verein nun hinter sich, er kann jetzt ruhig an die weiteren Aufgaben eines Vereins für Aquarien- und Terrarienkunde herantreten. Das sind in erster Linie: Ausbreitung der Liebhaberei, Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse, Eintreten für den Naturschutz, Unterstützung der Wissenschaft durch genaues Beobachtungsmaterial und Erforschung der Heimat. — Der Verein besitzt eine eigene Bücherei, die z. Bt. 59 Bände umfaßt, darunter die gesamte Bibliothek für Aquarien- und Terrarienkunde. Ferner ist eine, aus ca. 150 Nummern bestehende Bilderammlung vorhanden.



Arbeiter! Parteigenossen!
: Die Wählerlisten :
zur Bürgerchaftswahl
liegen von Mittwoch, den 15. Oktober bis Donnerstag, den 23. Oktober einschließlich zu jedermanns Einsicht aus.

Das Parteisekretariat ist gern bereit, für Verhinderte, die darum ersuchen, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen.

Seht die Wählerlisten ein!



Fliegers Ende. Auf dem Flugfelde der A.G.A. in Niederneudorf an der Havel stürzte der Offiziersflieger Leutnant König vom Infanterieregiment Lübeck Nr. 162 infolge zu freiem Gleitfluges ab und war auf der Stelle tot. Der Flieger scheint die Herrschaft über den Apparat verloren zu haben, da die Maschine immer steiler liegend zuletzt fast senkrecht herabschoß. Der Apparat überschlug sich und zerfiel auf dem Boden. Der Höhenmesser stand auf 1700 Meter.

pb. Eigentumsvergehen. Am 12. d. Mts. in der Zeit von 10—11 Uhr abends ist aus einem Hause der Hofstraßen eine fast neue Karbidlaterne von einem Fahrrade gestohlen worden. Die Laterne hat einen glatten Behälter und eine Linse mit einer Schutzmarke.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 11. d. Mts. nachmittags gegen 3 1/2 Uhr ist vor dem Postgebäude am Markt ein viel gebrauchtes Fahrrad ohne Marke, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 16019 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Sattel war provisorisch am Rahmenbau befestigt.

pb. Unfug. Am 11. d. Mts. ist aus dem Vorgarten eines an der Gertrudenstraße belegenen Hauses ein verzinnter Müllimer abhanden gekommen und vermutlich von Unfug treibenden Personen verschleppt worden.

pb. Gestohlener Utens. In der Nacht vom 12./13. d. Mts. sind aus einem an der Arminstraße belegenen Kontor mittels gewaltigen Öffnens eines Fensters ein grauer Utens mit großen Knöpfen, in dessen Anhängsel der Name der liefernden Firma „Warnide u. Friedrich“ steht, ein blaues Tuchjackett und ein rotfarbirtes Wischtuch gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Um vielfachen Wünschen zu entsprechen, findet im Wochenplan eine Aenderung statt. „Die Hugenotten“ gelangen nicht am Donnerstag, sondern am Freitag, dem 17. September zur Aufführung, während am Donnerstag „Die deutschen Kleinstädter“ neuinszeniert in Szene gehen. Der Beginn der Abendvorstellungen, der neulich zu Erörterungen Anlaß gegeben hat, ist wie folgt festgesetzt worden: Fast durchgängig werden die Vorstellungen um 7 1/2 Uhr ihren Anfang nehmen. Nur bei Stücken, die eine sehr kurze Spieldauer haben, fin'et der Anfang der Vorstellungen um 8 Uhr statt. Alle Mittwoch-Vorstellungen dagegen beginnen um 8 1/2 Uhr.

Möln. Ein letztes Wort! Morgen, Mittwoch finden die Ausschuwahlen für die allgemeine Ortskrankenkasse Möln statt. Bei der großen Bedeutung dieser Wahlen für die Rassenmitglieder ist unbedingt notwendig, daß jeder

zur Wahl geht und einige Wähler mitbringt. Gewählt wird der Wahlvorstand B der Verfertigten. Also Achtung!

Hamburg. Die Arbeitslosen für Sorge beschäftigte gestern Abend die Bürgerschaft. Die Misachtung, welche das Arbeitslosenproblem bei den „Mäßigenden“ genießt, wurde besonders befundet durch die Arbeitslosen, mit der Rechte der Erörterung des Problems aus dem Wege ging. Während des größten Teils befanden sich von der 40 Mann starken Fraktion der Rechten wohlgezählte 4 Mann im Saal; die anderen vertrieben sich die Langeweile, die ihnen dieses Thema bereitete, außerhalb des Saales. Von der eingehenden Begründung, die Genosse Winnig den sozialdemokratischen Anträgen gab, erreichte daher das meiste nicht einmal das Ohr der Vertreter der Befizenden. Die wenigen aber, die ihn anhörten, waren durch ihr bürgerliches Klassenbewußtsein so stark mit dem Panger der Unerbittlichkeit gewappnet, daß der warmherzige Appell, den Winnig am Ende seiner von jeder verlegenden Schärfe freien Rede an das soziale Gewissen der Bürgerschaft richtete, wirkungslos abprallte. Gleich der erste Redner von bürgerlicher Seite, Herr Dr. Max Westphal, gab den Ton für die strikte Ablehnung des Punktes an, den Winnig als Prüffstein des sozialen Willens der Bürgerschaft und des Senats bezeichnet hatte. Da kam in voller prinzipieller Klarheit zum Ausdruck, daß auch der von der Linken vertretene Teil des Bürgertums nichts wissen will von einer Sozialpolitik, die auf Anerkennung der Arbeiterorganisationen hinausgeht. Und ins gleiche Horn stieß der Konservative Dr. Koch und Dr. Albrecht, die nach dem Redner der Liberalen, Herrn Hey, das Wort nahmen. Ihnen wurde dann durch Genosse Weinheber eine wohlverdiente, kräftige Abfuhr zuteil. Die Rechte wollte dieser ihr höchst gleichgültigen Sache womöglich mit Gewalt den Hals umdrehen, um Zeit für wichtigere Dinge zu finden. Doch mißlang der Versuch, die Debatte gestern zu beendigen. Nachdem noch Herr Westphal im wesentlichen gegen seinen Fraktionskollegen Rumpel für den Antrag Stollen gesprochen, wurde die Debatte vertagt; sie soll nächsten Montag in einer Erörterung fortgesetzt werden. Der Antrag Stollen betr. die Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit lautet: Die Bürgerschaft wolle beschließen, den Senat zu ersuchen: 1. zur Milderung der schon gegenwärtig großen Arbeitslosigkeit, die zum Winter noch erheblich an Umfang zuzunehmen droht, die schon beschlossenen Staatsarbeiten mit größter Beschleunigung zur Ausführung zu bringen und weitere staatsliche Arbeiten so rasch wie möglich bereitzustellen; 2. Fürsorge dafür zu treffen, daß die Unternehmer dieser Arbeiten verpflichtet werden, den beschäftigten Arbeitern die tariflich vereinbarten Löhne zu zahlen und die festgesetzten Arbeitszeiten innezuhalten, sowie in erster Linie in Hamburg anständige Arbeiter zu beschäftigen; 3. einen Fonds zur Unterstützung arbeitsloser Arbeiter bereitzustellen, die Unterstützung jedoch in einer Form zu gewähren, daß sie nicht als Armenunterstützung gelten; 4. einen ausreichenden Betrag für die Speisung der Kinder bedürftiger Eltern in den hamburgischen Schulen zur Verfügung zu stellen; 5. den Vertreter Hamburgs im Bundesrat zu beauftragen, dahin zu wirken, daß baldigst eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung erfolge.

Neumünster. Großfeuer in Neumünster. Auf dem Grundstück der Eisengießerei und Emailierwerke und Maschinenfabrik von Franz Kowher, Wandsbekerstraße 53-61, brach Montag morgen um 6 Uhr ein Großfeuer aus. Es entstand in der Eisengießerei und griff im Verlauf von wenigen Minuten so schnell um sich, daß diese ganze Abteilung, die etwa 150 Meter lang ist, vollkommen vernichtet wurde. Den Feuerwehren ist es gelungen, das Feuer von den übrigen Teilen des Fabrik-Etablissements, also dem Emailierwerk und der Maschinenfabrik fernzuhalten. Der Schaden ist groß, jedoch wird er von zahlreichen Versicherungsgeellschaften getragen.

Brunsbüttelkoog. Im Kanal gerannt. Am Sonntag wurde im Nord-Offsee-Kanal bei Kilometer 35 der Kieler Dampfer „Ferdinand“ durch den Reptundampfer „Leander“ angerannt und schwer beschädigt. Trotz vieler Versuche, ihn über Wasser zu halten, ist er gesunken. Er liegt 4 Meter unter Wasser und quer zur Kanalböschung. Nur die Kommandobrücke und die vordere Spitze ragen aus dem Wasser hervor. Der Verkehr ist nicht behindert. Der Dampfer soll für die spätere Hebung günstig liegen. Er hatte Stützgut geladen. Der Dampfer „Leander“ ist nach einer Notreparatur mit eingedrücktem Bug nach Bremen weitergegangen.

Aus Nah und Fern.

Dampferuntergang auf der Elbe. Der Dampfer Nr. 3 der Schlagschiffgesellschaft versuchte gestern morgen einen ausfahrenden Schleppzug, der die Strombrücke bei Magdeburg passierte, zu überholen. Nachdem er bereits das letzte Brückenloch am Ufer passiert hatte, geriet er mit seinem Hinterschiff auf Grund, schlug um und begann zu sinken. Er zerriff den Schleppzug und drückte einen Kahn unter Wasser, der Kahn legte sich vor das andere Joch der Strombrücke, so daß die Elbschiffahrt an der Strombrücke für längere Zeit vollständig gesperrt ist. Es gelang, auf dem gesunkenen Dampfer noch rechtzeitig die Ventile zu schließen, so daß eine Explosion vermieden wurde.

Ein mysteriöser Vorfall. In der Wohnung des 27-jährigen Hausdieners Stumpf in Charlottenburg starb der 17-jährige Friseurlehrling Wilhelm Schitel unter Umständen, die der Aufklärung noch bedürfen. Nach der Darstellung Stumpfs hat sich Schitel, den er in der Nacht zum Sonntag im Tiergarten auf einer Bank zufällig in einem trostlosen Zustande getroffen und aus Mitleid mit nach Hause genommen und mit Kognak und Kaffee bewirtet haben will, veräfftet. Nach Stumpfs Aussage teilte Schitel ihm erst am Sonntag früh mit, daß er Gift genommen habe; bald am Nachmittag sei er dann gestorben. Die Leiche ist beschlagnahmt worden.

Mißglückter Coup. In der Poststraße in Frankfurt hat die Polizei einen unterirdischen Gang entdeckt, der von einem Hause, in dem 54 Chinesen wohnten, quer hinüber zur Post führte. Die Chinesen sind verhaftet worden.

300 000 Mk. unterschlagen. Bei der Leipziger Feuerversicherungsanstalt hat ein seit Jahren angestellter Kassierer größere Unterschlagungen, angeblich über 300 000 Mark vorgenommen. Wie die vorläufige Untersuchung ergeben hat, sind die Unregelmäßigkeiten in der Kassensführung schon vor einiger Zeit vorgenommen worden.

Spionitis. Neuerdings nehmen die Spionage-Affären wieder außergewöhnlich zu. In der polnischen Grenzstadt Mlwa wurde der preußische Staatsangehörige Getreideexporteur Boehm wegen Spionage verhaftet und mit ihm einige Bürger Mlwas. Bei den Verhafteten sollen mehrere, die russische Grenzverteidigung betreffende Dokumente und Pläne gefunden worden sein. — In Lemberg wurde ein pensionierter Eisenbahn-Überbeamter verhaftet, der dem russischen Generalstab wichtige Papiere ausgehändigt haben soll. Bei diesem österreichischen Beamten wurden russische Duitungen über 100 000 Rubel gefunden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schartz, Druck: Friedrich Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

Koche mit Knorr

7778

Richtige Ernährung mit Knorr-Hafermehl bedeutet Gesundheit der Kinder und Glück der Eltern. Knorr-Hafermehl ist seit 40 Jahren bewährt. — Das Paket kostet 50 Pfennig.

Ebenso anerkannt sind Knorr-Suppenwürfel in 46 Sorten.

1 Würfel 5 Teller 10 Pfg.
Versuchen Sie Knorr-Cumberland-Suppe!

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Hochzeit danken herzlichst.
W. Koop und Frau Lewine, geb. Vater. (7774)

Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich unserer Vermählung danken herzlich August König u. Frau, Minna geb. Dreyer. (7776)

Schuhmachergeselle sucht
Wiederstraße 72. (7784)

Ein möbl. Zimmer zu verm.
Wiederstraße 58, II. (7775)

Seeres Zimmer zum 1. Novbr. zu mieten gesucht. Angebote unter R L 9 an die Exp. d. Bl. (7784)

Huhn entflohen.
Abzugeben gegen Belohnung
Geyerstraße 2. (7781)

Kränze
Buketts u. Girlanden
liefert billigst
Fr. Schmidt
Bälowsstraße 11, Marii und
Dornestraße 18 a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Holsten-Meierei
Fernauf 2336 Wiederstr. 44
empfehlen alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.

Geschäfte, welche
übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (185)

Unüberholten
wäscht
Ragoda
Empfehlung seiner Nr. 1
70 Pfg. 1/2 Liter
Vollständig zu jeder Unreinlichkeit
gegen Gussheine v. 5 Pfd. 3 neu-
silb. Teelöffel usw., 10 P. d. 1 Paar
12. Solinger Messer u. Gabel od.
3 neusilb. Eßlöffel usw. (222)
Schumann & Wille, Wittenberge.

Käse-Lager Schlumacherstr. 12
Detail-Verkauf a. d. Diele. (7466)
1a. Schweizerkäse } Pfd. 70 Pfg.
Holl. Rahmkäse }
Tilsiter Vollfettkäse Pfd. 50-70 Pfg.
1a. Limburgerkäse Pfd. 40 Pfg.

Mittwochs und Sonnabends pa.
ig. Ziegenfleisch, Pfd. 40 u. 50 Pfg.
7790) 25 Markthallenstand 25.

Friedrich Paetau
Wurstfabrik (7780)
27 Mühlenstraße 27
frisches Kopf und Bein
ger. Nacken
Eisbein, frisch u. gesalzen
Schnauzen und Pfoten,
frisch und gesalzen
dicke Flomen.

Zwetschen
prima trockene Rohware
empfiehlt
Johs. Peters
32a Dornestraße 32a
Fernauf 2168. (7785)

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gehändelt werden Ge-
genstände aller Art, als: Mobilien,
Koffer etc. im Lagerhaus u. Spedi-
tionsgeschäft Fischerstr. 52. (184)

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Metallarbeiterinnen-
Versammlung
am Mittwoch, d. 15. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
7786) Die Vertrauensperson.

Moisling. Sozialdemokratische Frauen.

Die Mitglieder-Versamm-
lung am Dienstag, dem
14. Oktober fällt aus.
7782) Der Vorstand.

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 15. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 3. Quartal 1913.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Winterergänzungen.
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
7788) Die Ortsverwaltung.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für die Mitglieder der Waren-
abgabestelle
in Schwartau
am Donnerstag, d. 16. Oktober
abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof „Transvaal“.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Genossenschaftsrat.
2. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch der Mit-
glieder und deren Frauen bittet
7791) Der Vorstand.

Kartell-
Versammlung
am Donnerstag, 16. Oktober
abends 9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
7792) Die Kartellkommission.
NB. Pflicht eines jeden Delegier-
ten ist es, in dieser Versammlung
zu erscheinen. Das Regulative ist
als Legimation vorzulegen.

Gasthof Transvaal
Schwartau.
Mittwoch, 15. Oktober (Markttag)
Große Tanzmusik.
7787) Frau Rob. Pinkert Ww.

Vorläufige Anzeige.
Am Sonntag, d. 2. November:
Großes Auspielen
von fetten Gänsen,
Karpfen und Rauchfleisch
im Restaurant Johannes Groht,
Kornwischstraße. (7778)
Hierzu laden freundlich ein
Joh. Groht und Klub „Harmonia“.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 14. Oktober 1913.
25. B. i. Boll-Ab. 5. B. i. Dienstag-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Der Wildschütz.
Komische Oper von Albert Lortzing.
Große Preise.
Mittwoch, den 15. Oktober 1913:
Außer Abonn. Außer Abonn.
Kleine Preise.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Preciosa.
Schauspiel von B. A. Wolff.
Ruffit von G. M. v. Weber.
Donnerstag, den 16. Oktober 1913.
26. B. i. Boll-Ab. 5. B. i. Donnerstag-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Neueinstudierung.

Die
deutschen Kleinfäden.
Lustspiel von Kogebue.
Mittelpreise. (7777)



Jede verständige Mutter gibt
ihren Kindern Kathreiners Malzkaffee.
Kathreiners Malzkaffee erhält die Kinder
frisch und kräftig und macht den Kleinen die
Milch schmackhaft. Tausende von Ärzten
empfehlen ihn.

7779

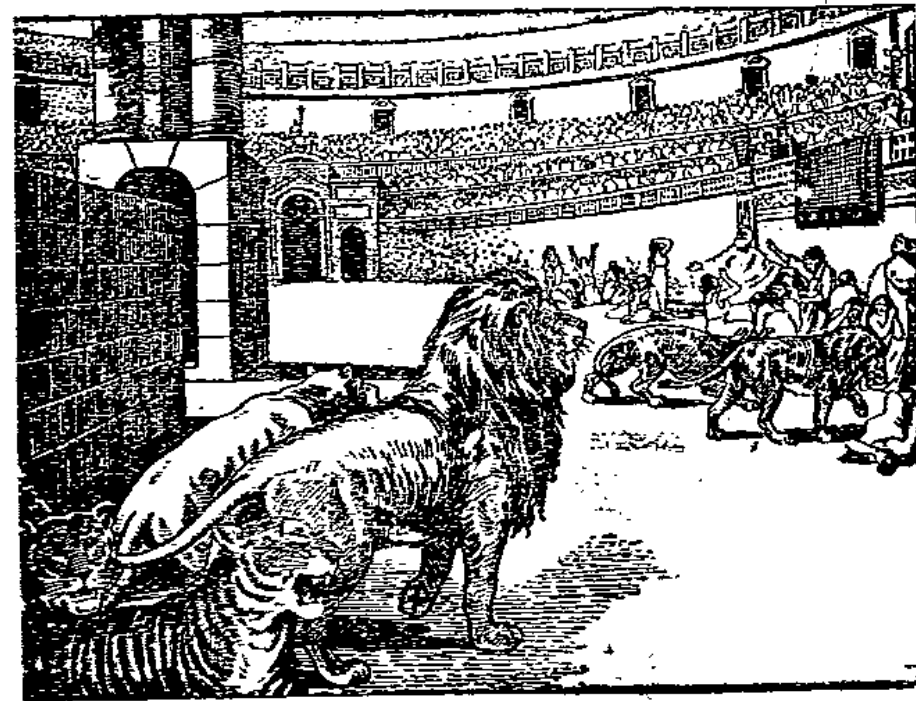
Neu erschienen! (7648) Sehr zu empfehlen!
Kindersegen und Arbeiterklasse, oder:
Wie schützt ich mich vor starkem Familienzuwachs?
Auf gesunde Art. Preis 30 Pfg., oder gegen Einsendung von 35 Pfg. in
Briefmarken. Frei Haus. Zu beziehen durch die Buchhandlung von
Th. Dawartz in Lübeck, Huxterdamm 6.

Feinste
frische 2. Sorte Meierei-Butter
pro Pfund 1.30 Mk., besonders schön ausfallend, empfiehlt
Th. Storm Nachf.,
Fernsprecher 473. 7788 Königstraße 98.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Dienstag: Grosses Tanzkränzchen.
Mittwoch: Tanzkränzchen. (7789)

„Cines“ Hansa-Theater Quo vadis?

Das gewaltigste Film-Drama aller Zeiten!
Die Sensation der Welt!



VORSTELLUNG:
Wochentags 4 1/2 u. 8 1/2 Uhr. Sonntags 3, 6 u. 8 Uhr.
Eintrittspreise: 25 bis 75 Pfg.
7718 Logenplatz 95 Pfennig.
Vorverkauf bei Rudolph Karstadt an der Buch- u. Sammelkasse.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste
Familien-Witzblatt



Meggendorfer-Blätter

München 99 Zeitschrift für Humor und Kunst
9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.-

Abonnement bei allen Buchhandlungen und
Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-
nummer vom Verlag, München, Theaterstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

Sie es verlassen, die in den Räumen der Redaktion,
Theaterstraße 47, befindliche, äußerst interessante Aus-
stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter
zu betrachten.

Täglich gedruckt. Eintritt für jedermann frei!

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 13. Oktober.

Der Wortführer Dr. Gärh eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 Min. — Durch den Austritt des Bürgerchaftsmitgliedes Seidel ist die Zahl der Bürgerchaftsmitglieder auf 107 gesunken. — Die Kommission, die die Heranziehung der Privatarchitekten zu städtischen Bauten zu prüfen hat, wird um Berichterstattung vor der Neuwahl gebeten.

Der Senat erklärt, durch die erheblichen Abänderungen beim Hundesteuergesetz nicht in der Lage zu sein, ihm beizustimmen zu können. Er behält sich vor, später darauf zurückzukommen.

Auf der Tagesordnung steht der

Erlaß eines neuen Einkommensteuergesetzes.

Der Wortführer verweist auf den Gang der Beratung seit 1907, und ersucht von einer Allgemeinberatung abzusehen.

Dr. Schlomer hält dies nicht für richtig. Es wäre wünschenswert, daß die Berichterstatter der Kommission zu Worte kommen, um ihre Gründe zusammenzufassen. Besonders gelte dies von der Minderheit.

Der Wortführer glaubt, daß auch bei seinem Vorschlag dem Wunsche des Vorredners Rechnung getragen werde.

Dr. Benda pflichtet dem bei, Dr. Schlomer ist damit einverstanden.

Die Paragraphen 1 und 2 werden unverändert angenommen.

Die Paragraphen 3 und 5 werden zugleich zur Debatte gestellt.

§ 3 besagt: Die Einkommensteuer wird u. a. nicht erhoben, wenn das Einkommen unter 600 Mk. beträgt, von Militärpersonen, vom Einkommen des Grund- und Gebäudebesitzes, das in andern Bundesstaaten liegt, von dem Einkommen aus Eisenbahnunternehmungen, das der Lübecker Eisenbahnsteuer unterliegt, vom Einkommen, das der Wertzuwachssteuer unterliegt. Die aus den Jahren 1793 und 1797 stammenden Kontributionen der Pufenbesitzer in den Kapitalkörfern werden angerechnet.

Die Kommission beantragt als neue Ziffer 5 einzufügen: Die Kriegsteilnehmer aus den Feldzügen bis einschließlich 1870/71, deren steuerpflichtiges Einkommen 1500 Mk. nicht übersteigt.

Dr. Schlomer beantragt statt 600 Mk. 1000 Mk. zu setzen. Ferner als neuer Absatz Nr. 4a einzufügen: Von den auf Grund der Reichsversicherungsgesetzgebung und des Versicherungsgesetzes für Angestellte den Versicherten zustehenden Leistungen.

§ 5 regelt die Steuerätze und Einheiten, die jährlich durch Rat- und Bürgerchaft festgesetzt werden. Der Einkommenssatz soll betragen von über

600—700 Mk.	0,80 Mk.
700—800 „	1,—

für jede 100 über mehr

800—1200 Mk.	800	0,40 Mk.
1200—1600 „	1200	0,60 „
1600—2000 „	1600	0,80 „
2000—2900 „	2000	1,— „
2900—6000 „	2900	1,20 „
6000—8200 „	6000	1,40 „
8200—17000 „	8200	1,60 „
17000—40000 „	17000	1,80 „

40000 Mk. und darüber 1,6 vom Hundert.

Jedes angefangene Hundert wird für voll gerechnet.

Dr. Schlomer beantragt diese Stufenfolge:

1000—1100 Mk.	1,— Mk.	
für jede 100 über mehr		
1100—1500 Mk.	1100	0,40 Mk.
1500—2000 „	1500	0,60 „
2000—2500 „	2000	0,80 „
2500—3200 „	2500	1,— „
3200—4000 „	3200	1,20 „
4000—6000 „	4000	1,40 „
6000—8200 „	6000	1,60 „
8200—10000 „	8200	1,80 „
10000—15000 „	10000	2,— „
15000—20000 „	1,60 Mk.	vom Hundert
20000—50000 „	1,70 „	„
50000—100000 „	1,80 „	„
100000—200000 „	1,90 „	„
200000 Mk.	2,—	„

Die Kommission beantragt hinter die Worte „ein angefangenes Hundert wird für voll gerechnet“ zu setzen: jedoch daß die dadurch eintretende Erhöhung der Steuer nicht größer sein als der Betrag des angefangenen Hunderts.

Dr. Schlomer: Wenn wir die Tätigkeit der letzten Bürgerchaftskommission bewerten, ist nicht zu leugnen, daß sie eine große Arbeit geleistet hat. Es ist auch hervorzuheben, daß sie diese Arbeit nicht beschränkt hat auf einzelne Punkte, Abschlüssen der einzelnen Bestimmungen, die darauf hinausgehen, das Gesetz besser abzufassen. Aber dasjenige, was ich in der Kommissionsarbeit vermisse habe, das ist eine gewisse Großzügigkeit der Arbeit, nämlich das Gesetz der neuzeitlichen Bestimmungen anzupassen und grundlegende Änderungen vorzunehmen. Es wurde darauf erwidert, daß die augenblicklichen Finanzverhältnisse nicht erlaubten, eingreifende Änderungen vorzunehmen. Ich kann diesen Einwand nicht anerkennen und habe schon schriftlich darauf hingewiesen, daß die Geschichte des Entwurfs lehre, daß es lange Zeit dauern werde, bis wieder eine Änderung vorgenommen werden kann. Aber diese wurde jetzt sechs Jahre lang verhandelt, sie hat viele Schicksale gehabt, und nun stehen wir wieder vor der Tatsache, dasselbe Gesetz auf lange Zeit ohne grundlegende Änderungen zu verabschieden. 10—20 Jahre wird es die Grundlage unserer Steuergesetzgebung bilden. Wir können mit unseren Forderungen so lange nicht warten. Diese Forderungen sind hauptsächlich drei: Erhöhung der Mindesteinkommengrenze von 600 auf 1000 Mark, damit steht im Zusammenhang die Stala nach meinem Vorschlag, die die Einheit bei 1000 Mk. auf 1 Mk. festsetzt. Die höheren Einkommen werden den Ausfall wieder decken. Zugleich soll das Kinderprivileg erweitert werden und zwar nach dem Muster der Schwesterstadt Hamburg. Diese Abänderungen hängen eng zusammen. Es ist der Standpunkt meiner Freunde, daß nur wenn Sie uns in diesen Fragen entgegenkommen, wir imstande sein werden, dem Gesetz unsere Zustimmung zu geben. Die von mir angeregten Verbesserungen sind notwendig, denn seit dem Bestehen des Gesetzes haben sich die Preisverhältnisse auf allen Gebieten verändert. Überall hat eine Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungsmieten stattgefunden, überall ist der allerbedeutenste Lebensunterhalt verteuert worden, so daß man 600 Mk. Einkommensgrenze nicht mehr für richtig anerkennen kann. Wir können die Erhöhung der Einkommengrenze auf 1000 Mk. mit Recht verlangen. über die Teuerung brauche ich weiter kein Wort zu verlieren, sie wird allgemein zugegeben; ich brauche nur auf unsere Behörden hinzuweisen, auf das Krankenhaus, Krankenhaus, die Armenbehörde. Die Erhöhung der letzten Jahre macht 10—20 Prozent aus. Ich sehe mich bei dieser Behauptung nicht mehr der Gefahr aus, vom Senat oder der Bürgerchaft widerlegt zu werden, die Steuererhöhung aller anderer Länder hat diese Erhöhung aner-

kannt. 600 Mk. als Mindesteinkommengrenze sind nur noch in wenigen Städten oder selbst im Ausland. Ich verweise auf Hamburg. Wenn etwas gefordert wird für die Bequemlichkeit oder das Wohlergehen der Bessergestellten, wird immer auf Hamburg und Bremen hingewiesen. Hier kann das Beispiel dieser Städte zum Muster genommen und dementsprechend die Mindestgrenze festgelegt werden. Natürlich würde ein Ausfall von 37 000 Mk. entstehen. Meine Vorschläge würden die Leute treffen, die die Steuer wirklich bezahlen können. Es sind viele Landarbeiter, Witwen usw. vorhanden, die jeden Pfennig notwendig haben. Nach dem Bericht der Steuerbehörde von 1911 sind es 5800 Personen, die ein so geringes Einkommen haben; das ist ein Fünftel sämtlicher Steuerzahler. Ich hoffe, daß die Bürgerchaft der Minderheit folgt, den gerechten Wünschen nachkommt und die Einkommengrenze auf 1000 Mk. festsetzt. Ich brauche die Stala nicht noch einmal auseinanderzusetzen, nur die Zahlen will ich anführen. Der Ausfall beträgt 37 000 Mk., nach meinem Vorschlag würden 50 000 Mk. mehr eingenommen. Sie werden entgegenhalten, daß mir bei Annahme dieser Stala in die vorderste Reihe der Städte gestellt werden, die die höchste Steuer erheben, womit wir alle Bewohner, die in glücklichen Verhältnissen leben, wegreiben. Das kann nicht der Fall sein. Redner verweist auf den schriftlichen Bericht und führt an Zahlenbeispielen vor Augen, daß in Preußen höhere Steuern erhoben werden. Nach der Statistik, die 355 preussische Städte umfaßt, haben 153 einen Zuschlag von 150—200 Proz., 110 einen solchen von 200—250 Prozent. Die Städte, die mit uns in Konkurrenz gestellt werden, haben eine ähnlich hohe Steuer, z. B. Bielefeld 165, Gildesheim 190 Prozent. Die von mir geforderte Erhöhung in der Stala ist nicht so exorbitant wie es geschildert wird. Mit dem Vergleich der Bewohner ist es eine eigenartige Sache. Hier wird zu viel mit dem Worte gespielt. Die meisten Leute verlegen ihren Wohnsitz durchaus nicht nach ihrem freien Willen, sie sind von Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten abhängig. Beeinträchtigt wird vielleicht eine Schicht, die der Rentner. Aber ich meine, wenn wir ein solch umfassendes Gesetz verabschieden wollen wie das jetzige, dürfen wir uns nicht an die Klasse der Rentner klammern. Es ist jetzt schon zum Überglauben geworden, daß sich Lübeck auf die Rentner stützen müsse. Ich habe schon bei der Gewerbesteuer meine Abneigung gegen eine solche Politik auseinandergesetzt und je mehr ich mich mit der Lübschen Staatspolitik beschäftige habe, kam ich zur Überzeugung, daß wir uns nicht in allem nach den Rentnern zu richten brauchen. Unsere Zukunft liegt in anderer Richtung, auf Industrie und Handel. Die Rentner sind nur spärlich vorhanden, sie mögen einzelnen Details besseren Verdienst bringen, aber für unsere Wirtschaftspolitik sind sie das letzte Moment nicht. Was wird für die Rentner mehr ausgegeben, und was sie begehren, decken sie nicht durch ihre Steuern und Umsätze. Unsere hohen Schulen und Travemünde haben sich als Schmerzenskind der Rentner gezeigt. (Widerpruch.) Wir haben gerade genügend Erfahrung mit den Ergebnissen dieser Anstalten gemacht, als daß wir uns mehr darauf einlassen sollen. Die Rentner bilden ein Moment der Ruhe in der Entwicklung. Sonst wird stets von bürgerlicher Seite der hanseatische Erwerbseifer geschilbert, wie paßt hierzu die Rentnerpolitik? Wenn nächsten Sonnabend der Bürgermeister die Amtstracht anlegt, wird die Tätigkeit der Hausfrauen, wie sie in Jahrhunderten sich betätigt, gepriesen und dann, wenn die Worte verrückt sind, tritt der Senat wieder vor die Bürgerchaft und behauptet, die Zukunft Lübecks ruht auf den Rentnern. Wollen wir Lübeck entwickeln, dann müssen wir die Industrie heranziehen, dürfen wir nicht die kleinen Kapitalisten fördern, sondern das Groß- und Bankkapital heranziehen. Bei einer großzügigen Verkehrspolitik dürfen wir nicht vergessen ihre Grundlage: die Arbeiter.

Der Baldamus und seine Streiche.

Von Oskar Wöhrle.

(11. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Unsere Zelle war übermäßig groß. Auf jeder Seite lagen zwölf Bretter; ein stark vergittertes Fenster streute Licht. Bald kam Gesellschaft, vierzehn Gefangene auf einmal. Wir verständigten uns mit ihnen so gut wir konnten. Sie erzählten uns, daß sie in andere Gefängnisse verschickt werden würden.

In Italien gibt es zwischen Gefängnis und Zuchthaus keinen Unterschied, jede Strafanstalt heißt carcere (Kerker). Wenn nur einer wegen ganz geringfügigen Sachen sitzen muß, wird er auch mit Wörtern und Dieben zusammengepackt. Zartgefühl und Rücksicht kennt die Gefängnisverwaltung nicht.

Die Gefangenen waren alle in graublauer, gestreifte Anzüge eingekleidet. Auf der Brust trug jeder seine Nummer, bei den lebenslänglich Verurteilten war sie schwarz, bei den auf Zeit Verurteilten grün oder gelb. Die Aufseher waren Soldaten, auch der Vorsteher. Jeden Morgen machte er seinen Rundgang und nahm Beschwerden entgegen. Während der Nacht kam dreimal eine Patrouille in die Zelle und klopfte mit einem Eisenstab das Gitter ab, um festzustellen, ob es nicht irgendwo durchgeflücht ist. Dabei lärmte sie so laut, daß wir regelmäßig aufwachten.

Unter den Gefangenen war einer, der schon achtundvierzig Jahre eingesperrt war. Er sollte ein Mädchen erschossen haben und vertraute uns seine Geschichte an. Immer wieder beteuerte er seine Unschuld. Auch zwei Taschendiebe wurden eingeleiert. Diese verstanden ihr Geschäft dermaßen, daß sie dem Aufseher Zigaretten aus der Tasche stahlen, ohne daß dieser etwas merkte.

Das Essen war kärglich. Täglich gabs zwei faustgroße Brote. Mittags eine Schüssel voll Suppe, die aber nicht satt machte. Sonntags schwamm ein Stück Rindfleisch darin. Uns kam zu flattern, daß die Gefangenen alle über Geld verfügten, sich Wein und Schwaren anschaffen und mit uns teilen. Als sie in ein anderes Gefängnis transportiert wurden und wir allein waren und Kohldampf schlucken mußten, beschwerten wir uns, bekamen aber keine Zulage. Es war schon ein besonderer Glücksfall, wenn uns der Austerler zweimal Suppe herausklopfte. Jeden Tag fragten wir den Capo, wie es mit unserer Sache stünde. Er gab gar keine Antwort. Schon zwei Wochen sahen wir ohne jede Nachricht und wurden beinahe blödsinnig. Aus Papierstücken klebten wir uns ein Schachbrett auf die Bretter und machten aus Brotteig die Figuren, die dazu gehörten. Ich lernte Tiller an und

wir spielten oft stundenlang. Schließlich stieg mir die Lauge weile zu Gemüt. Ich rüttelte an den Gitterstäben der Tür und verlangte den Capo. Als er kam, sagte ich ihm alle Schande. Er verwarf mich zur Ruhe, doch ich steckte ihm die Zunge heraus so weit ich nur konnte und sagte, er und das ganze Königreich könne mir den Rücken hinuntersteigen und in die Schuhe blasen. Das brachte ihn so auf, daß er den Aufseher befehl, mich in die Dunkelzelle zu sperren, wo ich drei Tage bei Wasser und Brot lag und wieder vernünftig und ruhig wurde. Als ich herauskam, erfuhr ich, daß Giordano Bruno, ehe er in Rom verbrannt worden sei, in dieser Zelle drei Jahre geschnitten hatte. Das Gefängnis war früher ein Kloster gewesen. Natürlich schwoll ich vor Stolz, sohergeart in die Fußstapfen dieses Mannes getreten zu sein.

Nach dreieinhalb Wochen kam endlich von Rom aus der Befehl, uns freizulassen und an die Grenze zu befördern. Wir mußten die Entlassungsscheine unterschreiben und wurden von einem Verbedanten aus Kommissariat geführt. Hier wurde jeder mit guten Schuhen ausgestattet, bekam zehn Lire Zehr- geld auf die Hand und ein Billekt dritter Klasse nach der Grenze. Um ja sicher zu sein, daß wir abfahren, begleiteten uns zwei Polizisten nach dem Bahnhof. Tiller zog ein mächtiges rotes Taschentuch und winkte ihnen. Sie winkten zurück. O gemüthliches Italien!

Drei Tage später standen wir im Mailänder Bahnhof und beratschlagten, wo wir hinwollten. Wir einigten uns auf Genua. Dort gingen wir auf ein Heuerbureau, fünf Tage später unterzeichneten wir einen Vertrag und verpflichteten uns, eine dreimonatige Reise als Trimmer auf einem Mittelmeerdampfer des Lloyd Italiano mitzumachen.

Zwei Stunden, nachdem wir an Bord waren, nach der eisernen Kasten in See. Bald begann unsere Arbeit. Wir mußten im Kohlenbunker Rohle in kleine Lort laden und in den Heizraum hinunterschütten. Tiller, der diese Arbeit schon von früher her gewohnt war, machte sich nichts daraus. Ich aber erstikte fast vor Hitze und Staub. Neben und unter uns rasselten die Maschinen. Wir spürten jeden Kolbenhieb als eine Zuckung. Ta-ta, ta-ta, Sekunde für Sekunde, Tag und Nacht ertönte dieses Geräusch. Die vier Kessel strömten eine unheimliche Wärme aus. Trotzdem ich jedes entbehrliche Kleidungsstück ausgezogen hatte und nur in den Hosen stand, rann mir der saure Schweiß den ganzen Körper herunter. Ich war nicht gewohnt, mit der Schaufel zu hantieren und hatte bald beide Hände voller Blasen. Daher brachte ich nichts mehr vor mich. Das rechte den Obertrimmer auf, in einem fort brüllte er, ich solle mehr schaffen. Wenn nicht Tiller abgewehrt hätte, hätte ich ihn niedergeschlagen. Nach vier Arbeitsstunden war eine achtstündige Pause, dann ging die Arbeit weiter. Raum daß wir wukten, ob Tag oder Nacht sei. Waren wir fertig, so wuschen wir uns, krochen in die Ber-

schläge und schliefen. Als uns in der Kantine Kredit eingeräumt wurde, hatten wir bald mehr Schulden, als der Monatslohn ausmachte. Doch das kümmerte uns wenig.

Das Schiff fuhr verheißene Häfen an, zuerst Marseille, dann Neapel, späterhin Alexandrien in Aegypten und Haifa in Palästina. Hier sagte ich den Plan auszureißen und weichte Tiller ein. Er riet mir ab, weil keine Aussicht sei, durchzukommen. Ich hätte aber mein Leben gern auch Jerusalem gesehen, machte am Abend das kleine Boot los und ruderte ans Land. Auf dem Schiff war mein Fortgehen bemerkt worden und der 2. Offizier, der gerade das Kommando hatte, signalisierte der Hafenwache, die mich sofort festnahm und aufs Schiff zurückbrachte. Ich schäumte vor Wut, nicht minder der Kapitän, der mich drei Matrosen übergab, die mich mit Tauenden durchwalkten und grün und blau schlugen. Die Ausreißergelüste waren mir für eine Zeit lang vergangen. Aber als wir zwei Monate später Marseille anliefen, wiederholte ich den Versuch, diesmal mit Erfolg.

Mit dem Geld, das ich bei mir hatte, gönnte ich mir einige vergnügte Tage. Ich lernte hierbei einen Kunden kennen, namens Preger, der einen besonderen Trick hatte, um sich ohne Fesseln durchzubringen. Er ließ sich in größeren Städten für die Fremdenlegation anwerben und eine Zeitlang verpflegen. Merkte er dann, daß der Transport bald losgehe, so empfahl er sich heimlich und begann das Spiel anderswo wieder.

In Lyon überredete er mich, mitzutun. Doch diesmal waren wir die Dummen. Der Arzt auf dem Rekrutierungs-Bureau erklärte uns beide für tauglich. Nachdem wir eingeschrieben waren, führte uns ein Sergeant in eine Infanteriekaserne, wo wir zu Nacht bekamen. Vorsichtigerweise fragte Preger, wann der nächste Transport abgehe. „Oh“, sagte der Sergeant, „das hat noch lange Zeit, vielleicht in acht oder zehn Tagen!“ Aber schon morgens um vier Uhr wurden wir aus den Betten geschüttelt und an die Bahn geführt. Wir fluchten nicht schlecht, unterwegs mußten wir Laufschritt machen, um den Zug rechtzeitig zu erreichen. Im Ganzen waren wir zwölf Mann und wurden in ein Abteil gezwängt. Im Mailänder Bahnhof standen zwei Soldaten da, die uns in Empfang nahmen und auf das Fort St. Jean brachten. Diese alte Befestigung ist das Sammelbassin der Legion. Hier strömen die neu Angeworbenen aus allen Gegenden zusammen. Ueber eine Zugbrücke traten wir ein und wurden auf dem Bureau nochmals eingeschrieben. Dann konnten wir uns bis zum Schlafengehen vergnügen, wie wir wollten.

(Fortsetzung folgt.)

(Senz: umgekehrt) Die erste Frage lautet immer, wie sind die Arbeiterverhältnisse. Der Lübeckische Staat hat sich darum viel zu wenig gekümmert. Wenn Sie wirklich glauben, durch Abstrafungen in der Steuerpolitik die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern zu können, dann müssen Sie vor allem den Arbeiter die Steuern erleichtern, die Mindestgrenze erhöhen und das Kinderprivileg erweitern. Wenn Sie das tun, dann verhindern Sie auch die Abwanderung der Arbeiter, vor allem auch nach Hamburg, weil dort die Steuer- und Erwerbsverhältnisse besser sind. Was für die Rentner gelten soll, gilt doch in erster Linie für die Arbeiter. Doch mit der Steuer allein können Sie die Arbeiter nicht heranziehen, da müssen Sie erst Ihre ganze Politik ändern, dann dürfen Sie den Arbeitern nicht immer und immer wieder gesetzliche Nachteile geben, die höheren Schulen bevorzugen und beim Volksschulwesen Erparungen machen durch größere Schulsysteme, erhöhte Klassenfrequenz, Schulgebührensatz nach dem Einkommen usw. Es fehlt eine großzügige Wohnungspolitik; man darf nicht dahin kommen wie jetzt, wo die Arbeiter in ihrer Vaterstadt kein Heim mehr finden. Den einzelnen Hausbesitzern sollen Erleichterungen verschafft werden, wie das Ersuchen an den Senat bewies, aber bessere Arbeiterwohnhäuserverhältnisse zu schaffen, wagen Sie nicht, weil Sie nicht den Mut haben, Häuser in eigener Regie zu bauen. Wer die Wohnverhältnisse bei den Arbeitern kennt, sieht, daß die Arbeiter über Lübeck's Grenzen hinausgelagt werden, nach Stockdorf und in medienburgische Orte. Sie vernachlässigen den Arbeitern jegliches Recht. Ich will keine Wahlrechtsrede halten, aber in Ihren Ohren soll es erklingen, daß Sie Lübeck's Arbeitern jedes Recht zur Mitarbeit verweigern. (Senz: Unwahr!) Wie steht es mit dem Bürgerrechtswahlrecht? Wenn Sie den Arbeitern Lübeck behaglich machen wollen, dann dürfen Sie diese nicht zu Menschen zweiter Klasse machen, sondern müssen ihnen gleiche Rechte geben und das gleiche Recht zur Mitarbeit auch in den Behörden, von denen die Arbeiter und ihre Vertreter gänzlich ausgeschlossen sind. Bei der Erhöhung der Mindeststeuergränze mühte die Wahlrechtsverkümmern gerade in Betracht gezogen werden, und deshalb beantrage ich, daß das Wahlrecht in der zweiten Klasse in Zukunft nicht mehr davon abhängig gemacht werden soll, ob der Bürger alljährlich Steuern gezahlt hat. Es klingt geradezu heuchlerisch im Munde derjenigen, die den Arbeitern das Wahlrecht geraubt haben, wenn sie sich dagegen sträuben, die Einkommensteuergränze zu erhöhen, weil dadurch Bürger das Wahlrecht verlieren würden. Wenn die Bürgererschaft ein solches Rückgrat gegenüber dem Senat hat, und steht, entsprechend meinem Antrag, von den Einkommensverhältnissen bei den Bürgerchaftswahlen ab, wird auch der Senat entgegenkommen. Ich stelle keine großen, nicht zu erfüllenden Ansprüche an die Bürgerchaft. Der jährliche Wohnzins hindert ebenfalls an der Ausübung des Wahlrechts. Dies Recht wird dem Arbeiter auch noch genommen, wenn er das Recht hat, nicht genügend Einkommensteuern bezahlen zu können. Wenn Sie dieses als Grund für die Mindestgränze anführen, so habe ich gesagt, daß er nicht stichhaltig ist, dann müssen Sie unsern Antrag durchaus bestimmen. Wenn die Bürgerchaft ihn annimmt, wird sich der Senat nicht weigern. Ich bitte Sie deshalb, unsern Antrag zuzustimmen und dadurch zu zeigen, daß Sie große Ziele verfolgen wollen zum Wohle der ganzen schaffenden Bevölkerung Lübeck's. (Senz: Beifall b. d. Senz.)

Senator Vermehren: Es mag wünschenswert für manche Kreise sein, daß die Steuerstufe und das Kinderprivileg geändert werden. Die unteren Klassen werden aber schon jetzt von der Steuer nicht so sehr betroffen. Von 5000 Steuerpflichtigen dieser Art haben im vorigen Jahre nur 37 ein Erlagebuch eingereicht, daher kann die Not nicht so groß sein. Dagegen sind in den Steuerstufen von 1000—1500 (66) Gehälte eingegangen. Durch den Antrag des Dr. Schlomer in bezug auf das Kinderprivileg würden der Staatskasse weitere 125 000 Mk. entzogen. Einen Ausfall von 24 000 haben wir in dieser Beziehung schon vor einigen Jahren in Kauf genommen. Durch die neue von Dr. Schlomer vorgeschlagene Stala wäre der Verlust noch größer. Ueber die vom Senat vorgeschlagene Stala hinauszuweichen würde sehr gefährlich werden, nicht etwa der Rentner wegen. Selbstredend sind diese neben der Industrie ein großer Faktor für Lübeck. Lehnen Sie die Anträge von Dr. Schlomer ab.

Dr. Ziehl erwidert ebenfalls der Minderheit nicht zu folgen. Auch die Mehrheit der Kommission ist von dem Gesetz nicht betroffen. Wir hätten uns gern nach den Nachbarländern mehr gerichtet; das ging aber nicht. Wir sind auch nicht in der finanziellen Lage, etwas mehr zu machen. Wo soll denn die Dedung herkommen, etwa durch einen neuen Steuerzuschlag? Der Senat kann sich nicht auf die Vorschläge Dr. Schlomers einlassen, woher soll er die Mittel nehmen. Die ganze Revision würde so ins Wasser fallen. Jetzt wird doch vielen eine Erleichterung zuteil. Die neue Stala von Dr. Schlomer wird der Senat nie anerkennen. Die höheren Einkommen werden so besteuert, daß deren Besizer abgemindert werden. Bei uns erreicht das Einkommen von 40 000 Mark die höchste Gränze, in Preußen bei 200 000 Mark. Dadurch hätten wir gerade das Kapital ad. Wir können gar keine andere Stala schaffen. Die Bürgerchaft muß diese Anträge ablehnen. Die Fraktion von Dr. Schlomer wird sich noch bedenken, ob sie bei der Gesamtbestimmung mit Nein stimmt. Das neue Gesetz bringt doch Erleichterungen in bezug auf die Versicherungen, und kommt bei einer Wehrsteuer doch auch in Betracht. Lehnen Sie die Anträge der Kommissionsminderheit ab.

Der Senatsantrag (Beginn der Steuerzahlung bei 600 Mark Einkommen) wird angenommen.

Dr. Schlomer: Man scheint in der Bürgerchaft keine großen Debatten zu wünschen, da die Meinung der Mehrheit der Bürgerchaftsmittglieder durch die Kommissionsberichte in einzelnen Fragen schonbar so geklärt ist, daß man außerhalb der Referenten das Wort nicht nehmen will. Ich möchte bitten, die Sache nicht so glatt anzunehmen, wie der Kommissionsbericht der Majorität es will. Wenn die Leistungsfähigkeit dem Einkommen angepaßt werden soll, darf man nicht nur die nackten Zahlen anschauen, sondern soll bedenken, unter welchen Umständen das Einkommen erreicht wird. Die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung werden in Kostlage bezogen, man darf nicht einzelne Fälle herausgreifen wo die Besizer damit besser fahren als mit ihrem Einkommen. Diese werden hier besonders hervorgehoben: die Mehrzahl der Unterhaltungsempfänger ist jedoch bedürftig. In den Krankheitsfällen sind es nur wenige, die den ganzen Arbeitslohn ersetzt bekommen, manche erhalten die Hälfte, andere zwei Drittel. Und doch sind im Krankheitsfall die Ausgaben am größten, so daß die Leistungsfähigkeit verringert wird. Die Invalidenversicherung gewährt nur zwei Drittel und die Invalidenrente ist so gering, daß sie in den meisten Fällen nicht in Betracht kommt. Wollen Sie die Steuer der Leistungsfähigkeit anpassen, dann bedenken Sie, unter welchen Umständen das Einkommen bezogen wird.

Dr. Ziehl ist in dem Antrag eine große Ungerechtigkeit und erweist ihn abzulehnen. Die kleinen Ge-

werbtreibenden, die nicht zwangsweise versichert sind, wären im Nachteil.

Der Antrag Dr. Schlomer Nr. 4a wird abgelehnt.

Angenommen wird der Kommissionsantrag betr. Kriegsteilnehmer.

Der Bürgerauschuss befaßt sich im besonderen noch mit dem steuerpflichtigen Einkommen der Aktiengesellschaften usw. Die Kommission ersucht um Ablehnung des Antrages.

Dr. Ziehl und Schwabroch stimmen diesem unter den heutigen Verhältnissen bei. Besser sei die Vergünstigung der Aktiengesellschaften als das Ueberschreiten der 6 Einheiten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Das Ebnaderteljahr von Beamteneinkommen der Witwen bleibt von der Steuer befreit.

Der Senat wünscht eine Maximalgränze der Steuer festgelegt, schon der Wirkung nach außen wegen.

Dr. Benda will die Gränze gestrichen haben, da beim Budget doch jedesmal eine Festsetzung erfolgen müsse.

Schwabroch pflichtet dem Senat bei.

Schiemann will die Bestimmung, daß mindestens 4, höchstens 6 Einheiten erhoben werden dürfen, gestrichen haben; das Stehenbleiben dieser Gränze sei keine Geschmacksache, wie man glaube. Die Bürgerchaft müsse dann um so sorgfältiger prüfen.

Senator Vermehren: 6 Einheiten sind natürlich das Aeußerste. Es können ja auch Brucheinheiten beschlossen werden.

Der Antrag der Bürgerauschusskommission wird gestrichen.

Dr. Schlomer beantragt nun, jetzt hinter 600 Mk. 0,80 Mk., dann 1,140 Mk. usw. zu setzen. Da die Bürgerchaft auf seine Vorschläge nicht eingehen wolle, verzichte er auf weitere Ausführungen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Der Kommissionsantrag, die Steuer nicht höher zu bemessen als der Betrag des angefangenen Hunderts beträgt, wird angenommen.

Kinderprivileg.

§ 6 befreit Steuerpflichtige bis zu 800 Mk. Einkommen, wenn sie mehr als 3 Personen ernähren. Solche von 800 bis 1200 Mk. haben unter der gleichen Voraussetzung nur die halbe Steuer, wenn das Einkommen 1200—3000 Mk. beträgt und mehr als 4 Personen zu ernähren sind, drei Viertel, bei mehr als 6 Personen die halbe Steuer zu zahlen.

Dr. Schlomer beantragt: Steuerpflichtige mit mehr als 1000—2000 Mk. Einkommen haben, wenn sie eine Familie von mehr als drei Personen ernähren, nur die halbe Steuer, wenn sie eine Familie von mehr als fünf Personen ernähren, ein Viertel der Steuer zu zahlen. Steuerpflichtige mit mehr als 2000—5000 Einkommen haben, wenn sie eine Familie von mehr als drei Personen ernähren, drei Viertel der Steuer, wenn sie eine Familie von mehr als fünf Personen ernähren, die halbe Steuer zu zahlen.

Die Ledigensteuer.

Die Kommission beantragt: Ledige Steuerpflichtige, die keine Familienangehörige ernähren, haben bei einem Einkommen von 2100—10 000 Mk. einen Zuschlag von 10 % und bei höheren Einkommen einen solchen von 20 % zu zahlen. Verwitwete Steuerpflichtige, die keine Familienangehörige ernähren, haben bei einem Einkommen von über 10 000 Mk. einen Zuschlag von 10 % zu zahlen.

Dr. Schlomer: Bei dieser Gelegenheit will ich darauf hinweisen, daß bei diesem Paragraphen Gelegenheit geboten ist, dem Ruhe im Wälderwald zu folgen und die Verminderung der Geburtenzahlen hintanzuhalten. Diejenigen, die mehr Kinder haben, sollen Erleichterungen genießen, alle anderen Vorschläge gegen dieses Uebel sind erfolglos. Hier helfen nur finanzielle Möglichkeiten.

Schiemann erwidert, diesem Antrag Schlomer zu folgen. Er sei das mindeste, was geschaffen werden müsse. Bei 3000 Mk. dürfe man nicht stehen bleiben. Das Kinderprivileg müsse bei über 4 Kindern eine weitere Ermäßigung aufweisen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Dr. Schlomer ändert seinen Antrag von 1000 Mk. auf 900 Mk.

Dr. Ziehl: Wenn jetzt dieser Dr. Schlomer'sche Antrag angenommen wird, ist es eine große Ungerechtigkeit gegen den vorherigen Antrag. Er muß abgelehnt werden.

Senator Vermehren erwidert um Ablehnung. Das finanzielle Ergebnis sei nicht zu überschätzen, der Ausfall wäre ganz unerheblich.

Dr. Schlomer: Ich kann den Senatskommissar nicht verstehen. Mein Antrag ist nur eine formale Aenderung und den Beschläffen der Bürgerchaft angepaßt.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Dr. Hartwig: Die Kommission glaubt der gerechten Verteilung des Einkommens näher zu kommen. Aber nicht nur die geringere Leistungsfähigkeit der größeren Familie spielt eine Rolle, sondern die größere Leistungsfähigkeit der Ledigen. Dadurch wird eine bisher bestehende Härte beseitigt. Gegengründe wurden vorgebracht, die weder von Noblesse noch Einsicht zeugen. Wenn ein Lediger deshalb den Anspruch tut, er wolle aus diesem Grunde von Lübeck wegziehen, so wäre er würdig, mit Entziehung des Wahlrechts gestraft zu werden, wenn es angängig wäre. Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs könne für sich das Wort Friedrich des Großen in Anspruch nehmen: „Seien Sie doch nicht solches Angpshuhn.“ Der Abzug werde durch eine solche gerechte Steuer gar nicht berührt, so schwarz dürfe man nicht sehen. Es gebe auch Steuerzahler, die honorarig denken, und nicht jeder Kleinigkeit wegen abziehen. Uebel folgen, wie sie prophezeit werden, treten nicht ein. Die Steuer wird etwa 50 000 Mk. einbringen und Lübeck's Einführung dieser Steuer wird überall Nachahmung finden. Gerade aus Kleinstaat komme vielfach ein Fortschritt auf dem Steuergebiet. Davon zeuge auch die Schweiz. Die Steuer bringe uns große ideelle Vorteile, die die materiellen nach sich ziehen.

Senator Vermehren erkennt den Gedanken der Kommission als Bedient an, lehnt jedoch im Namen des Senats aus wirtschaftlichen Gründen den Antrag ab. Lübeck müsse sich Zurückhaltung auferlegen, wenn sich die Nachbarstaaten und Städte gegen diese Steuer wenden. Gegenwärtig wäre diese Steuer außerordentlich unpraktisch, ihr Gedanke müsse ad acta gelegt werden.

Mühsam bittet den Vorschlag der Kommission rundweg abzulehnen. Wir würden uns ins eigene Fleisch schneiden und wären nicht imstande, den Abzug auszugleichen. Die Zurückbleibenden könnten den Ausfall kaum decken, er wäre durch Zuschläge nicht wieder einzubringen. Die erhöhte Steuer beim Tode des Ehegatten gehe wieder von falschen Voraussetzungen aus, denn im Leben des Zurückbleibenden andere sich nur sehr wenig, er bedürfe stets einer Hilfe, die Ausgaben erfordere. Eine Besteuerung wäre geradezu eine Strafe für erlittenes Unglück. Wir dürften Neug. 2. den Vorschlag dieser Steuer nicht freitig machen, sie müßte auch bekämpft werden, selbst wenn Preußen und

Mecklenburg sie eingeführt hätten. Fremde Pensionäre, die von den Schulen usw. keinen Anspruch nähmen, aber Verbraucher von Gas, Elektrizität usw. seien, halte man vom Zugang ab.

Der Vorkühler wird über die Ledigen- und über die Witwensteuer getrennt abstimmen lassen.

Dahms führt den Fremdenverkehrsverein als Sachverständigen in den Steuerverhältnissen an. Erst werde von Auswärtigen nach der Steuer und dann nach den Vergnügen gefragt. Der Vorschlag allein schon sei nach außen hin vernichtend. Der Zugang der Rentner habe durch die Steuerverhältnisse gelitten, gerade die Erbschaftsteuer hätten wir von den umliegenden Staaten allein und zu unserem Schaden eingeführt. Redner bezeichnet den Verkehrsverein als Hüter gegen übersoziale Wandlungen der Kommission.

Buchwald findet es tragisch oder mißig, daß gerade ein Jungeselle hier für die Steuer gestritten habe. Anderwärts würden die Jungesellen mit Schreden auf Lübeck deuten. Mit einer Steuer könnten wir einer guten Idee nicht zum Siege verhelfen. Für einen am Zugang Verhinderten müßten zehn gesucht werden, die den Schaden wieder ausgleichen. Die Herren in der Studierstube, die am Monatserksten ihr Gehalt einstreichen, würden etwas weltfremd; sie seien sich nicht mehr recht bewußt, wie schwer der im Geschäftsleben Stehende ringen müsse. Für die Industrie sei viel getan worden, für Handwerk und Gewerbe kaum Neunenswertes. Erst jetzt wolle man das Hinterland erschließen; den Zugang von auswärts dürfe man nicht unterbinden. Herr Dr. Schlomer, der die Leute Drei-Groschen-Rentiers genannt habe, habe gar keine Ahnung davon, wie wichtig diese Leute für Handel und Gewerbe seien.

J. Meyer bekämpft die Ledigensteuer schon aus dem Grunde, weil sie der gerechten Grundlage entbehrt. Die Stadt bietet den Ledigen doch nicht mehr als andern. Die Ledigen seien keineswegs leistungsfähiger, es käme doch aufs Einkommen an. Wenn man so verfahren wolle, könne man diese Formel auch auf die Gewerbesteuer anwenden. Wer mit kleinem Apparat arbeite, könne die Gewerbesteuer eher bezahlen. Mit der Ledigensteuer treffe man die Angestellten, die mit der Reichsversicherung schon belastet seien und die Groschen sparen müßten, wenn sie mal ein Geschäft gründen wollten. Aufgabe des Reiches sei es, für den Kinderzuwachs zu sorgen, nicht Aufgabe der Gemeinden. (Große Heiterkeit!)

Georg Reimpell wendet sich gegen diese Steuer. Lübeck habe schon großen Schaden gehabt durch Einführung der Erbschaftsteuer. Wenn die Steuer eingeführt werden solle, dann müsse sie alle Steuerpflichtigen treffen, auch die mit niedrigem Einkommen. Leistungsfähiger seien die Ledigen keineswegs, z. B. dann nicht, wenn sie eine Hausbame hielten. Mit der Witwensteuer sei es genau so, wie Herr Mühsam ausgeführt habe. Der Gedanke sei an sich distutabel, doch dürfe ihn Lübeck nicht propagieren.

v. Schack schließt sich den Gegnern der Steuer an. Man dürfe nicht vergessen, daß junge Leute, die ihrer Militärpflicht genügt haben, Opfer genug gebracht hätten; höchstens wäre die Steuer für solche angebracht, die nicht Soldat gewesen seien.

Dr. Schlomer: Die Redner gegen die Vorlage haben mich nicht überzeugen können. Ich habe mich in der Kommission überzeugt, daß diese Steuer gerecht und berechtigt ist, wenn man die Leistungsfähigkeit annimmt. Ich muß Ihnen leider eine Enttäuschung bringen. Es ist mir nicht gelungen, meine eigenen Freunde von meinem Standpunkt zu überzeugen. (Zuruf: Aha!) Die Jurcht vor dem Wegzug reicher Steuerzahler habe ich nicht, meine Freunde natürlich auch nicht. Wenn der eine oder andere pensionierte Offizier fortzieht, ist das noch kein Unglück. Meine Freunde haben andere Bedenken, sie bestreiten, daß die Leistungsfähigkeit der Kleinstehenden eine so viel größere wäre, wie die Freunde der Vorlage annehmen. Sie nehmen an, daß ein Kleinstehender für seine Bedürfnisse mehr auszugeben hat, die Wohnung verhältnismäßig teurer ist, die Erlangung der Lebensmittel und die Leistungen, die sonst durch die Frau besorgt werden, teurer bezahlt werden müssen. Durch die Ablehnung unserer Anträge hat man auf die Leistungsfähigkeit der minderbemittelten Steuerzahler so wenig Rücksicht genommen, daß der Versuch auf unbekanntem Gebiet nicht versucht werden soll. Deshalb lehnt der größte Teil meiner Freunde diese Steuer ab.

Schiemann: Die Gründe gegen die Vorlage glänzen nur durch ihre Mängel. Eine Steuer von 5 Mark drückt nicht, die geben junge Leute manchmal an einem Abend zehnmal aus. Der Militärdienst berechtigt noch lange nicht zu einer Vergünstigung. Gerade eine Besteuerung der Militäruntauglichen wäre eine Bestrafung für körperlich Schwache. Alle Reden, die gegen diesen Vorschlag gehalten wurden, gehen in die Worte aus: viel Geschrei und wenig Wollte. Es ist durchaus nicht berechtigt, die Erbschaftsteuer mit dieser Steuer in Vergleich zu ziehen. Herr J. Meyer hat die Steuer gerade auf den Kopf gestellt, man darf doch nicht nach den Vorteilen jagen, die der einzelne Steuerzahler von dem und jenem hat. Der Detailhandel wird durch den Großhandel und die Großindustrie gelüßt, denn der Kleinhandel kann doch niemand heranziehen. Mit Gehehen, die wirtschaftspolitischen Charakter haben, darf Lübeck nicht bahnbrechend vorgehen, in diese Klasse fällt diese neue Steuer nicht. Am grünen Tisch ist diese Steuer nicht gemacht, wie Herr Buchwald glaubt, das beweist die Unterschrift des Kommissionsberichts. Der Senat erkennt die Steuer theoretisch an, hält sie aber praktisch für undurchführbar, weil sie wirtschaftspolitische Nachteile bringen soll. Wenn je eine Steuer gerecht ist, dann ist es diese. Um 5 Mark gibt kein vernünftiger Mann seine Stellung hier auf, ebensowenig ein solcher, der bei 12 000 Mark Einkommen 113 Mark mehr Steuern bezahlen muß. Wenn das Steuergeheß doch neu geschaffen werden muß, dann darf man doch nicht alle neuen Gedanken aus ihm entfernen. Die Leute fragen vor allem danach, was ihnen Lübeck bietet, und das ist nicht wenig.

Effinger: Bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes fiel mir besonders auf, daß die Kommission solche Sondernsteuer vorgeschlagen hat. Jeder einzelne versteuert sein Einkommen und zahlt, wenn es nötig ist, den Zuschlag von 10—18 %. Nun sollen die Jungesellen, Unverheirateten oder Witwer noch besonders bevorzugt werden. Da ist wohl die Farbe erlaubt, wer denn eigentlich die lässigsten Steuerzahler sind. Gerade von den Jungesellen ist am wenigsten zu bekommen. Es wurde angeführt, die Leute ohne Familien würden billiger leben als andere. Das Gegenteil ist der Fall. Der Jungeselle hat kein Heim, er muß auswärts essen und trinken und Gesellschaft suchen, er braucht mehr Geld als man denkt. Wer hat denn die Schuld, daß der Mann sich nicht verheiratet? (Lachen!) Nicht der Mann, sondern die Verhältnisse tragen dazu bei, daß er sich nicht verheiraten kann. Nun soll er dafür noch bestraft werden. Beim Verwitweten ist es ebenso. Kann der dafür, daß seine Frau gestorben ist? Und nun soll er noch 10 oder 20 % Prozent mehr Steuern zahlen. Das ist eine Ungerechtigkeit, die nicht befürwortet werden kann. Mir wäre es viel lieber

gewesen, die Kommission hätte die Progression anders geregelt. Diese geht aber nur bis zu 40 000 Mark, wo 8 % bezahlt werden müssen, da wäre die Hand anzulegen. Würden die höheren Einkommen mit 10 oder 15 % belegt, so würde der Betrag zehnfach herausgeholt. Das wollen sie nicht, weil Sie sich da ins eigene Fleisch schneiden und ins eigene Portemonnaie langen müssen. Ich bitte den Vorschlag ganz und gar abzulehnen.

Die Ledigensteuer wird mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso die Witwensteuer.

Hoff wünscht eine Aenderung dahin, daß bei Stundung der Steuer nicht noch die Strafe bezahlt werden muß. Bisher sei dies der Fall gewesen, die Stundung habe jedoch keinen Sinn, wenn bei Entrichtung der Steuer doch Zuschläge geleistet werden müßten. Redner stellt einen Abänderungsantrag.

Senator Vermehren: Bisher war nach dem Gesetz nichts zu machen; wenn der Passus hineinkommen soll, habe ich nichts dagegen.

Der Antrag Hoff wird angenommen.

Die Kommission beantragt ferner hinter § 6 einen neuen § 7 einzufügen, wonach die Veranlagung zur Einkommensteuer auch nach dem Aufwand des Steuerpflichtigen erfolgen kann.

Senator Vermehren hat gegen diesen Antrag grundsätzliche und praktische Bedenken. Die Leistungsfähigkeit richtet sich stets nach dem Einkommen, niemals nach dem Aufwand. Das sei auch in Preußen besonders hervorgehoben worden. Die Einseitigkeit des Gesetzes werde durch diese Bestimmung gestört.

Dr. Ziehl verweist auf Oldenburg, wo diese Bestimmung existiere. Aus der Praxis heraus habe sich die Notwendigkeit ergeben. Die Steuerbehörde soll nur eine Befugnis haben, zu erforschen, woher der Steuerpflichtige die Mittel hat.

Senator Vermehren glaubt, die Steuerbehörde habe diese Mittel jetzt schon.

Der Kommissionsantrag wird abgelehnt.

§ 8 umschließt alle Einkünfte in Geld und Geldwert, mit Einschluß des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause, Naturalleistungen, der im Haushalt verbrauchten Gegenstände usw. Abgezogen dürfen u. a. werden Schuldenzinsen, die Aufwendungen zur Erlangung, Sicherung und Erhaltung des hiesigen Einkommens, die vom Steuerpflichtigen für sich und seine nicht selbstständig besteuerten Familienangehörigen gezahlten Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung, für Prämien der Unfall-, Todes- und Lebensversicherungen, Witwen-, Waisen- und Pensionisten bis zusammen 300 Mark jährlich, Geschäfts- und Kapitalverluste. Nicht abgezogen dürfen werden u. a. die Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltspflicht, Geschenke und freiwillige Zuwendungen, Kirchensteuern.

Dr. Schlomer beantragt unter den abzugsfähigen Beiträgen zu Berufskammern und Innungen hinzuzufügen: und Berufsorganisationen, falls sie sachungsgemäß arbeitslosen- und Krankenunterstützung oder Sterbegeld gewähren.

Die Kommission beantragt unter dem abzugsfähigen Einkommen den Abzug a und e neue Fassungen zu geben, d soll lauten: die vom Steuerpflichtigen für sich und seine Ehefrau auf Grund der Reichsversicherungsordnung und des Versicherungsgesetzes für Angestellte gezahlten Beiträge. Unter e soll der für Versicherungsleistungen abzugsfähige Betrag von 300 auf 600 Mark erhöht werden.

Senator Vermehren erblickt in der neuen Kommissionsfassung zwar einen Fortschritt, sieht darin aber einen nicht geringen finanziellen Ausfall.

G. Reimpell ersucht um Annahme des Antrages.

Der Antrag wird angenommen.

Dr. Schlomer: Ich bitte auch meinen Antrag anzunehmen. Er ist die notwendige Ergänzung des vorliegenden Antrages. Man sollte keinen Unterschied zwischen Berufskammern und freien Berufen machen. Infolge der Reichs-gesetzgebung ist es den Arbeitern nicht möglich, auf geistlicher Grundlage Organisationen wie Arbeiterkammern zu gründen. Sie sind gezwungen, selbst für sich Organisationen zu schaffen, infolge dessen müssen die Beiträge dafür genau so behandelt werden wie die der Zwangs-innungen. Sonst ist zweierlei Recht geschaffen für die Bessergestellten und Minderbemittelten. In sozial-politischer und wirtschaftlicher Beziehung verfolgen die Innungen und Berufskammern denselben Zweck, wie die Arbeiterorganisa-tionen. Es ist deshalb nur billig, wenn Sie den Min-derbemittelten dasselbe geben wie den an-deren. (Bravo! bei den Sez.)

Senator Vermehren weist auf den gesetzlichen Zwang zur Beitragszahlung bei Innungen usw. hin, während die Arbeiter sie freiwillig leisteten.

Der Antrag Dr. Schlomer wird abgelehnt.

Mantau stellt einen Antrag, wonach auch die Aufwendungen zur Erfüllung der gesetzlichen Unterhaltspflicht abzugsfähig sind und begründet diesen Antrag. Ganz beson-ders treffe es solche Steuerzahler, die auswärts wohnende Angehörige zu unterstützen hätten, wenn sie die Aufwendungen nicht abziehen dürften. In Preußen sei diese Härte aus-gemerzt.

Dr. Ziehl: Der Antrag von Mantau ist in dieser Fassung unannehmbar. Dann kämen auch die Väter unehe-licher Kinder und wären gegenüber den Vätern von ehelichen Vätern im Vorteil.

Dr. Benda pflichtet dieser Ansicht bei.

Dr. Ziehl: Der Mantau'sche Antrag ist noch weiter dehnungsfähig; er würde schließlich nur das zum eigenen Unterhalt notwendige steuerpflichtig machen. Dieser Antrag müßte in ganz anderer Art gefaßt werden.

Senator Vermehren weist auf die Milderungen hin, die die Empfänger von Alimtenen anderwärts genießen.

Mantau zieht seinen Antrag zurück, stellt jedoch einen entsprechend abgeänderten. Auch darüber gibt es eine juristische Auseinandersetzung, deren Ergebnis die Ablehnung auch des neuen Antrags ist.

§ 9 handelt von der Veranlagung zur Einkommensteuer. Die Kommission empfiehlt einen neuen Absatz, wonach Nichtsteuerpflichtige, die im Laufe des Jahres ein steuer-fähiges Einkommen erlangen, von dem betr. Tage an steuer-pflichtig werden.

Mühjam stellt einen Abänderungsantrag, der weitere Kreise umfassen soll.

Der Antrag der Kommission in der Fassung von Mühjam wird angenommen.

§ 10 handelt von dem Einkommen der Ehefrau. Für die Bezahlung der Steuer des Ehepartners als Gesamtschul-der. Für die niederen Einkommen empfiehlt die Kommissi-on, daß, wenn das Einkommen des Ehe-manns weniger als 2000 Mark beträgt, das Ein-kommen der Ehefrau außer Ansatz bleibt, falls es nicht 400 Mark übersteigt.

Senator Vermehren kann diesen Antrag nicht als be-wichtig anerkennen. Wenn die Frau durch ihre Arbeit eine Hilfe im Hause haben mag, dann können diese Kosten abge-

zogen werden. Nur der Nebenverdienst, den die Frau neben dem Mann hat, soll versteuert werden.

Dr. Hartwig hält die Bestimmung für gerechtfertigt.

G. Reimpell ersucht um Ablehnung.

Dr. Schlomer ersucht um Annahme des Antrages. In solchen Fällen, wie der Antrag der Kommission vorsieht, sei die Mitarbeit der Frau erforderlich, um das zum Leben notwendige zu erwerben. Es sei eine Erleichterung für diejenigen mitarbeitenden Frauen, die des-halb besondere Aufwendungen machen müssen. In Bayern sei dieser Passus ebenfalls im Gesetz.

Der Kommissionsantrag wird in der abgeänder-ten Fassung von Dr. Schlomer, wonach 400 Mark Arbeits-einkommen der Frau nicht angerechnet werden sol-len, angenommen.

§ 13 handelt von den Steuererklärungen.

Dr. Schlomer beantragt, den Absatz 1 so zu fassen:

Der Steuerpflichtige hat der Steuerbehörde nach bestem Wissen sein gesamtes steuerpflichtiges Einkommen anzugeben, und da-bei getrennt aufzuführen das Einkommen aus 1. Kapital-vermögen, 2. Grundvermögen, einschließlich des Wertes der Wohnung im eigenen Hause, 3. Handel und Gewerbe, 4. son-stiger gewinnbringender Beschäftigung, sowie aus Rechten und wiederkehrenden Hebungen und Vorteilen irgendeiner Art, soweit die Einkünfte hieraus nicht schon unter Nr. 1, 2 oder 3 fallen; 5. einzelnen gewinnbringenden Geschäften einschließ-lich Lotterien- und ähnlicher Gewinne, soweit sie nicht schon un-ter Nr. 3 oder 4 fallen. Hat ein Steuerpflichtiger aus einer dieser Quellen einen Verlust erlitten, so kann er diesen von dem übrigen Einkommen abziehen, wenn er den Verlust an-gibt.

Dr. Schlomer ersucht, diesen ursprünglichen Antrag der Steuerbehörde anzunehmen. Er bezweckt, möglichst Steuerhinterziehungen zu vermeiden, und er-laubt die Nachprüfung, aus welchen Quellen das Einkom-men bezogen wird. Schwierigkeiten sind so nicht mehr möglich. Vor allem sollen die Unehrlichen keinen Vorteil aus der-lagen Handhabung ziehen können. In Preußen ist der Passus Gesetz, die Einwände dagegen sind nicht stichhaltig. Heute schon muß das Einkommen verschiedene Male angegeben wer-den: einmal bei der Einkommensteuer, dann bei der Gewerbe-steuer. Das wird noch weiter der Fall sein bei Einführung der Reichssteuergeleze. Bei den Einschätzungen zur Wehrab-gabe muß jeder angeben, aus welchem Vermögen er seine Einkommen entnimmt.

Die Weiterverhandlung wird darauf vertagt. Die nächste Bürgerschaftssitzung soll in 14 Tagen stattfinden.

Schluß 11 Uhr.

Aus der Partei.

Brechprozeß. Wegen Verleumdung eines Amtsvorstehers war Genosse Ostwald von der „Börliger Volkszeitung“ zu 100 Mk. Strafe verurteilt worden. Gegen das Urteil hatten Genosse Ostwald und der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Die Strafkammer zu Börlig hat aber am vergangenen Sonn-abend beide Berufungen verworfen. Der Antrag des Ge-nossen Ostwald, Entlastungszeugen zu laden, und einen neuen Termin anzuberäumen, war abgelehnt worden. — Das Urteil soll durch Revision angefochten werden.

Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher. In der Gemeinde Lüdemberg im Kreise Hörde wurde Genosse Weitz zum stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählt. Im vorigen Jahr wurde in der benachbarten Gemeinde Braekel ebenfalls ein Sozialdemokrat zum Gemeindevorsteher ge-wählt, er wurde aber von der Regierung nicht bestätigt. Und so wird es dem neuen Gemeindevorsteher von Lüdem-berg auch wohl gehen; denn wir leben in Preußen, das in seinen Grundbesitz erschüttert würde, amtierte hier einmal ein roter Gemeindevorsteher.

Ein sozialistischer Staatsanwalt. Nach den Wahlen wurde bestimmt behauptet, daß Genosse William Cunn-a bei den Staatswahlen in einem Bezirke von Chicago tatsächlich die Relativmehrheit erhalten, jedoch von der Wahlkommission „hinausgezählt“ worden sei. Die Partei-genossen brachten die große Summe, die zur Verfolgung eines solchen Falles notwendig ist, auf, und setzten die Ein-leitung eines Verfahrens wegen Wahlfälschung gegen zehn demokratische Beamte und Wolltäter durch. Jetzt hat die Jury ihren Wahrspruch dahin abgegeben, daß die „Wahl“ des Staatsanwalts Coyne durch betrügerische Ma-ßnahmen zuungunsten des republikanischen und des sozia-listischen Kandidaten zustande gekommen sei. Und der Ver-treter der Anklage erklärte, daß tatsächlich Cunn-a die Mehr-heit erhalten habe. — So wird also, allen Maßgeschäften zum Trost, die Sozialdemokratie auch in der riesig wachsen-den Metropole des Westens in den Behördenorganismus eindringen. An Reinigungsarbeiten in diesem ungeheuren Augiasstalle wird es ihr, wie vorliegendes Beispiel zeigt, nicht fehlen.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Kartonnagen- und Stuarbeiter in Lahr. Unter den Kartonnagenarbeitern genießt Lahr allge-mein den Ruf, die rückständigsten Lohnverhältnisse zu haben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen lebten in höchster Genüg-samkeit dahin. Durch Lee, Gebet- und Mahnabende, die unter den Auspizien der Herren Geistlichen und ihrer Frauen stattfanden und deren Kosten die Fabrikanten trugen, wurden sie über ihr Glend hinwegzutäuschen versucht. Die Fabri-kanten kamen dabei zu beträchtlichem Wohlstand, wovon die schönen Willen dieser Herren das Sprechende Zeugnis ablegten. Allein Not bricht nicht nur Eisen, sondern auch zuweilen die genügsamste Zufriedenheit, besonders, wenn die Fabrikanten in der brüsten Weise den Arbeitern ihre Nichtachtung be-sunden, wie es in Lahr der Fall war. Die Herren liehen nicht nur das höfliche Ergehen der Arbeiter um Verhand-lungen ganz unbeantwortet, sondern lehnten auch kurzweg das Anerbieten des Oberbürgermeisters zur Vermittlung zwischen den beiden Parteien ab, mit der Erklärung, daß sie nicht beabsichtigten, in Tarifverhandlungen einzutreten. Am 9. Oktober nahm nun eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Lahrer Kartonnagen- und Stuarbeiter hterzu Stellung und beschloß in geheimer Abstimmung ein-stimmig, die Kündigung einzuzureichen. Sofort wurden die Kündigungslisten unterschrieben, und wenn die Fabrikanten nicht einlenken, so wird in der nächsten Zeit der Streik folgen. Die zahlreichen Heimarbeiterinnen werden sofort die Arbeit einstellen, da sie eine Kündigungszeit nicht haben, so daß diese sich tatsächlich jetzt schon im Streik befinden. Was alle Agitationen nicht zuwege gebracht haben, das haben die Fa-brikanten durch ihr schamhaftes Benehmen spielend er-reicht: die Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich zahlreich dem Buchbinderverband angeschlossen und verlangen nun stürmisch, daß endlich ihren gerechten Forderungen auf Ver-besserung ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Lebenslage Rechnung getragen wird. Bezug von Kartonnagen, Stuar-beitern, Buchbindern und Preßergoldern nach Lahr ist streng fernzuhalten.

Differenzen in der Kölner Glasindustrie. Die Kündi-gung eingereicht haben die Glasmalierer der Rheinischen Glashütte Köln-Chrentel. Die Firma verlangt von den

Arbeitern, daß die Arbeitszeit um eine 1/2 Stunde ausgedehnt wird, was die Arbeiter verweigern. Es wird ersucht, keine Arbeitsangebote nach Köln-Chrentel zu machen.

Vom österreichischen Gewerkschaftskongreß. In einer vertraulichen Sitzung hat der Kongreß einen wichtigen Bes-chluss über das Verhältnis zu den separatistischen Organi-sationen gefaßt. Es wird allen Zentralverbänden zur Pflicht gemacht, beim Uebertritt von Mitgliedern separatistischer Organisationen die Anrechnung von bereits erlangten Mit-gliedsrechten aller Art abzulehnen. Ausgenommen hiervon sind die Mitgliedsrechte derjenigen Mitglieder, die vor dem Beitritt zur separatistischen Organisation einer Zentralorgani-sation angehört und innerhalb der statutenmäßigen Kündi-gungsfrist zur Zentralorganisation wieder zurückkehren.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Ritualmordprozess in Kiew. (Offiziöser Bericht.) Zeuge Nakonetschni erklärte, er zweifle nicht daran, daß, wenn Weilis den Knaben Juschtschinski tatsächlich er-griffen hätte, eine Stunde später die ganze Strafe davon gewußt haben würde. Auf die Frage des Staats-an-walt's, ob der Mord wohl ebenso schnell ruckbar geworden wäre, wenn er in der Wohnung der Tischeberjak gefchehen wäre, erwiderte der Zeuge, daß das Geheimnis in diesem Falle hätte besser gewahrt werden können. Eine Reihe weiterer Zeugen bestätigte, daß der Ermordete ein braver Knabe und daß die Eltern über den Tod ihres Kindes tief betrübt gewesen seien. Die Zeugin Tscheschowskaja sagte aus, daß sie am ersten Tage der Verhandlung im Zeugenzimmer gehört habe, wie Wera Tischeberjak dem Knaben Jarnsky einschärfte, er möge ausfragen, daß er, Eugen Tischeberjak und Juschtschinski auf Saizew's Fabrikgrundstück sich geschaukelt hätten, daß Weilis sie fangen wollen, er und Eugen Tischeberjak sich aber losgeriffen hätten und Weilis nunmehr den Juschtschinski gepackt und fortgeschleppt habe. Die Zeugin erklärte weiter, im Zeugenzimmer hätten sich außer ihr noch sechs befunden, die sie wiedererkennen würde. Zeugin Zabludskaja, in deren Hause die Eltern Juschtschinskis wohnten, erklärte, in ihrer Wohnung sei alles zu hören, was bei den Nachbarn vorgehe. In ihrem Hause sei niemand ermordet worden. Die Mutter Juschtschinskis sei sehr traurig gewesen, als sie von dem Morde erfuhr, sie sei sogar von einer Ohnmacht befallen worden. Der Stiefvater sei die Woche über beschäftigt gewesen, erst Sonnabend abends sei er nach Hause zurückgekehrt. Der Staatsanwalt unterstrich die Angabe der Zeugin, daß Juschtschinski in der Nacht auf Sonnabend zu Hause ge-wesen sei. Der Bierhallenwirt Dobjanskki, der gehört hatte, wie die Tante des Ermordeten, Natalie Juschtschinska, vor der Höhle sagte: „Den Mord haben die Angehörigen verübt!“ erklärte, diese Worte seien gesagt worden, bevor der Charakter des Mordes bekannt war. Der Zeuge kannte Wera Tischeberjakowa, die der Beteiligung an der Mordtat verdächtige Mutter des Spielkameraden, als Hehlerin. Sie hatte öfter seine Bierhalle mit verdächtigen Personen besucht, über Fedor Meshinski, den Onkel des Ermordeten, sagte Dobjanskki aus, Meshinski sei am 1. April angeregt in die Bierhalle gekommen. Sein Übergieher sei schon beschmutzt gewesen. Der Pikkolo Gregoir Schukowski, der auf Meshinskis Bitte den überzieher gereinigt hatte, sagte aus, Meshinski habe nach Auffindung der Leiche, ohne die Kleidung zu besichtigen, gesagt, er wisse, daß der Er-mordete Andrei Juschtschinski sei. Zamyzowski wies darauf hin, daß der Zeuge vor dem Untersuchungs-richter ausgesagt habe, Meshinski habe erst nach Besichtigung der Jacke des Ermordeten Juschtschinski erkannt. Der Dien-ster Waski Jastchenko, der am 25. März einen Unbekannten mit schwarzem Paletot und Beinkleidern und dunklem Haar und Schnurrbart in der Nähe der Höhle gesehen und ihn mit dem Morde in Zusammenhang gebracht hat, sagte, als ihm Lukas Brichobitko seinerzeit von der Polizei vorgeführt wurde, er finde dessen Kleidung derjenigen des Unbekannten ähnlich, könne aber keine Gesichtähnlichkeit feststellen, da er den Unbekannten nur in großer Entfernung gesehen habe. Bei der heutigen Gegenüberstellung erklärte der Zeuge, Brichobitko sei dem Unbekannten nicht ähnlich. Bei dem Verhör des Lampenputzers Schachowski ist folgendes festgestellt worden: Am 25. März nach 9 Uhr morgens sah Schachowski auf der Straße Jenja Tischeberjak mit Andrei Juschtschinski, die in der Richtung nach Saizew's Fabrik gingen. Andrei hatte eine Dose mit Pulver in der Hand, war ohne Paletot und Büchse. Drei Tage später begegnete er Jenja wieder, die ihm mitteilte, daß sie am 25. März die Fabrik besucht hätten und daß dort ein Mann mit schwarzem Bart hinter ihnen hergelaufen sei. Weiter erklärte der Zeuge, im vorigen August hätten ihn acht Russen überfallen und während eines Verhörs hätten ihn die Detektios Wg-granows und Polistich mit Schnaps traktiert und ihm gedroht und geraten, gegen Weilis zu zeugen. Auf die Frage des Fürsten Schwachow, wer ihn für Weilis zeugen hieß, sagte Schachowski nach einigen Schweigen, darauf könne er nicht antworten, sein Leben sei ihm lieber. Der Student Golobew, Mitglied der monarchischen Or-ganisation sagte aus, daß er während einer Seelenmesse am Grabe Juschtschinskis mit Natalie Juschtschinska und anderen Verwandten bekanntgeworden sei, mit deren Hilfe er die Umstände der Ermordung zu erforschen begann. Als der Zeuge weiter ausfragen wollte, wurde er ohnmächtig und mußte hinausgeführt werden. Darauf wurden die Aussagen der Zeugin Kamitsch, der Inhaberin eines unweit der Woh-nung Tischeberjaks gelegenen Ladens, verlesen; am Verdrü-gungstage hätten ihr die Mädchen Valentine und Lidmilla Tischeberjak gesagt, Andrei Juschtschinski sei unlängst bei ihnen gewesen und sei mit Jenja Tischeberjak Schneeglöckchen pflücken gegangen. Später hätten die Mädchen ihre Aussagen geändert und erklärt, Juschtschinski habe sie seit einem Jahre nicht mehr besucht. Sie hätten der Zeugin vorgeworfen, das Geheiß mit ihnen erzählt zu haben, weshalb ihre Mutter jetzt von der Polizei bestraft werde. Zamyzowski erinnerte sich, daß der Zeuge Nakonetschni aus sagte, Wera Tischeberjak habe die Mädchen am 25. März nach Hause geschickt, in Wirklichkeit seien sie an diesem Tage im Hause gewesen. Der Verteidiger Grusenberg hat die Geschworenen, zu beachten, daß Juschtschinski mit Jenja Tischeberjak Schneeglöckchen pflücken gegangen sei und sich nicht auf das Gelände von Saizew's Fabrik begeben habe.

Aus Nah und Fern.

Feldsturz in der Sächsischen Schweiz. Unmittelbar nach der Durchfahrt des Schnellzuges S o b e n b a c h - B e r l i n durch den Tunnel des Spitzberges erfolgte Sonntag nacht bei der Station O b e r g r u n d auf der sächsischen Staatsbahn ein großer Feldsturz. Das Haus des sächsischen Bahn-beamten Lampe wurde dabei demoliert, das Haus des Schiffs-eigners Mayer wurde stark beschädigt, und die Witwe Lenzel wurde unter den Trümmern ihres zusammenstürzenden Hauses v e r s c h ü t t e t und lebensgefährlich verletzt.

Preußen in der Praxis. In Königsberg i. P. sollte im Krematorium am Freitag die Einäscherung eines verstorbenen Hauptmanns Rupp statt-finden. Durch legemillige Verführung hatte der Verstorbene die Einäscherung seines Reichnam's verlangt. Nur eins hatte

